

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 325 · 27. JAHRGANG · AUSGABE 10/2022 VOM 21. OKTOBER 2022 · 1 EURO

4 | **Willkür am
Arbeitsgericht Eberswalde**
Ministerin versetzt zwei Arbeitsrichter

8 | **Wandlitzer Hilfeverein soll
Gemeinnützigkeit verlieren**
Die falschen Kriegsoffer

13 | **Götz Herrmann: Für alle
Beteiligten nicht optimal**
Verkehrsführung Heegermühler Str.

**Völlig überforderte
Schulleiterin der
Bruno H. Bürgel-
Grundschule:**

»Doch nichts passiert!«

Offener Brief der Eltern an die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Britta Ernst

Eberswalde (bbp). *»Seit einem Jahr versuchen wir alles, damit an unserer Schule wieder normal Unterricht stattfinden kann, damit unsere Kinder wieder von entlasteten und motivierten Lehrkräften unterrichtet werden.« So beginnt ein offener Brief, den die Elternsprecherkonferenz der Bruno H. Bürgel-Grundschule Eberswalde an die Bildungsministerin Britta Ernst richtete.* Foto: JÜRGEN GRAMZOW

Seit einem Jahr sei klar, daß dieser Normalzustand mit der derzeitigen Schulleiterin nicht funktionieren werde. »Seit einem Jahr arbeiten wir mit dem Staatlichen Schulamt zusammen, treffen Vereinbarungen, weisen detailliert auf Probleme hin, machen auf konkrete Mißstände aufmerksam, informieren und vermitteln. Seit einem Jahr weisen wir Woche um Woche auf Probleme hin, die ausschließlich aufgrund des Unvermögens der Schulleiterin Frau Funke entstehen und die auch mit ihrem persönlichen Fehlverhalten zusammenhängen.«

Die Eltern fragen »mit aller Dringlichkeit: Wann werden Sie und die zugeordneten Behörden endlich aktiv und verweisen nicht nur aufeinander? Wir sind es leid zu warten. Und wir haben keine Zeit mehr, noch mehr Beschwerden zu verfassen. Denn hier geht es um Kinder, um unsere Kinder. Sie leiden unter der Situation und sie erhalten nicht die Bildung, die ihnen zusteht!« Alle geben zu verstehen, daß sie sehr bemüht sind. »Doch nichts passiert!«

Inzwischen gibt es in vielen Hauptfächern klassen- und jahrgangübergreifend eklatante Wissensdefizite von bis zu zwei Jahren. Vor allem in Mathematik. Lehrkräfte fallen immer wieder krankheitsbedingt in Größenordnung aus, »weil sie die Schulleiterin und das Chaos und die vielen Fehlentscheidungen nicht mehr kompensieren können«. Es sei bekannt, »daß diese Schulleiterin den Anforderungen einer Leitungskraft nicht gewachsen ist und verwaltungsrechtlich immer wieder Fehler macht und nicht im Sinne des Brandenburger Schulgesetzes agiert: Elternarbeit fand in den letzten zwei Jahren quasi nicht statt, Gremienarbeit wurde nicht ermöglicht, Elternversammlungen und Elterngespräche wurden unterbunden. Junge Schülerinnen und Schüler mußten nachsitzen, ohne daß eine Info an ihre Eltern erging. Kinder mußten im letzten Winter vor dem Schulgebäude frieren, weil der Testnachweis vergessen wurde. Klassenverbände wurden wiederholt ohne Gremienbeschluß auseinander gerissen. Förderunterricht fand im vergangenen Schuljahr nicht statt...«

Es gebe keine Konzepte für die Zukunft. Mehrere Versuche seien gescheitert. All das wisse die Ministerin. Auch, »daß diese Schulleiterin Kindern gegenüber gewalttätig agiert – sie schreit Kinder an, stellt sie bloß, setzt züchtende Maßnahmen ein, kneift und schubst.«

Die Lehrkräfte und die Eltern ertragen all das nicht mehr. »Wir haben all die Probleme klar benannt, um Hilfe gebeten und werden jetzt diese Wartetaktik der zuständigen Behörden nicht mehr akzeptieren. Denn Sie wissen, daß an unserer Schule 450 Kinder unter all diesen Umständen leiden... Kinder sind empfindliche Wesen, die die Probleme spüren und auf die mehr als angespannte Situation mit auffälligem Verhalten reagieren.«

Die Eltern fragen nun die Ministerin, weshalb NICHTS passiert. »Warum übernehmen Sie nicht endlich Verantwortung? Warum drücken sich die zuständigen Behörden vor einer Lösung? Warum trifft niemand die Entscheidung, unsere jetzige Schulleiterin von ihren Aufgaben zu entbinden? Alle sehen und erkennen ihre Überforderung und Fehler, aber NIEMAND tut etwas! Das kann doch nicht sein!«

Was ist das für ein System, fragen die Eltern, in der sich Beamte offensichtlich alles leisten können. »Sie alle haben doch eine Fürsorgepflicht gegenüber unseren Kindern, wenn sie in der Schule sind. Und Sie sind gesetzlich dazu verpflichtet, daß der Bildungsauftrag erfüllt wird... Wir möchten, daß Sie unsere Kinder schützen und Frau Funke von ihrer Funktion als Schulleitung entbinden.« Niemand mehr an der Bruno H. Bürgel-Grundschule hat noch »Vertrauen in eine konstruktive Zusammenarbeit mit dieser Schulleiterin«.

Die Eltern können nicht verstehen, wie eine Person, die »Kinder nachweislich bewußt entwürdigt und demütigt und Kindeswohl gefährdet«, also gegen Gesetze verstößt, als Schulleiterin berufen wird und noch immer eine ganze Schule leiten darf, ohne daß die Verstöße zu Disziplinarverfahren oder andere geeignete Maßnahmen zum Schutz des Schulbetriebes führten.

Die Eltern sprechen Ministerin Ernst als die Dienstvorgesetzte der Schulleiterin an und fordern:

»Frau Ernst, jetzt sind Sie am Zug! Sie haben alle Probleme und Kritikpunkte auf dem Tisch. Nehmen Sie Ihre Kontroll- und Aufsichtspflicht wahr und handeln. Bitte machen Sie dieser Hinhalte- und Verzögerungstaktik ein Ende!«

Den offenen Brief an die Ministerin haben zahlreiche Eltern handschriftlich signiert.

Alle müssen ärmer werden

Zugegeben, diese provokante These könnte aus einem neoliberalen Thinktank, aber, wie wir am Ende sehen werden, durchaus auch aus einem Grünen-Papier stammen.

Worum geht es? Zum einen liegen Millionen, Milliarden, Billionen von gesparten Euros ungenutzt auf den Konten der Bürger, die man mit etwas Geschick anzapfen könnte, um so den immer klammern Staat zu entlasten. Für gesamtgesellschaftliche Investitionen zum Beispiel. Zum anderen leisten sich unsere Bürger einen Lebensstil, der den Erfordernissen, nicht auf Kosten des Planeten zu leben, in keiner Weise entspricht. Stichworte: Flugzeug, Auto und Häuschen für jeden. Damit ist nicht gemeint, daß man so etwas per se abschaffen sollte. Aber in der Nutzung durch die Masse der Bevölkerung liegt das Problem.

Die Frage ist, kann man auf die Vernunft setzen, damit hier eine Einschränkung stattfindet? Wohl kaum. Wer verzichtet schon freiwillig auf den Türkei-Urlaub, den Ausflug mit dem Auto, das schnelle Pendeln über die Autobahn, sein Eigenheim und seinen Garten? Niemand! Was allein an Trinkwasser-Ressourcen eingespart werden könnte, wenn nicht Hinz und Kunz ständig ihren Englischen Rasen wässern würden! Die Ressourcen, die ein Eigenheim verschlingt, können einem Somalier oder einem brasilianischen Indigenen nur schwer erklärt werden. Wo ist die Lösung?

Die These ist: Uns geht es zu gut! Eine alleinerziehende Pflegekraft in Teilzeit kann sich das alles nicht leisten. Und das ist auch gut so. Ansonsten würde Pflege unbezahlbar werden, nur noch für Reiche und sie würde sonst unweigerlich auch zur Ressourcenverschwenderin. Ja, diese These ist gewagt, aber wirtschaftlich begründet, würden sowohl Finanz- als auch Wirtschaftsminister unterschreiben.

Zum Essen und zum Wohnen soll es reichen, ohne Frage. Aber: Da wollen Milliarden von Erdbewohnern erst einmal hin! Genügend zu essen und ein Dach über dem Kopf. Da ist es dekadent, mit Aktien zu spekulieren, alle Jahre die Wohnungseinrichtung zu erneuern und zig Reisen im Jahr zu planen und immer das neueste Auto haben zu wollen! Jawohl dekadent!

Nun ist die Frage, wie kann uns dieser überflüssige Reichtum genommen werden? Energiepreise erhöhen ist ein guter Weg, Materialverknappung auch, Inflation ausgezeichnet...

Also mit etwas gutem Willen seitens der Politik ist die gesteuerte Verarmung der breiten Masse durchaus machbar. Deswegen kommt von den Grünen hier auch kaum Gegenwind. Von der FDP sowieso nicht. Wenn die ihre oberen Zehntausend zufriedenstellen können, ist alles gut. Die sind ökologisch unbedeutend. Man muß an die breite Masse ran!

Ein Leben in Deutschland – und zwar in ökologischer Balance – ist möglich, ohne zu hungern und zu frieren. Dafür sind aber viele einfach noch zu reich - reiches Deutschland, ärmer Planet...

JÜRGEN GRAMZOW

Stolpersteine in Panketal

Am 10. Oktober wurden sieben Stolpersteine zum Andenken an deportierte und ermordete Panketaler Mitbürgerinnen und Mitbürger verlegt.

Den Anfang machte der Stolperstein zu Ehren von WOLFGANG BENNING in der Goslarer Straße, zu dessen Verlegung sich zahlreiche Angehörige und Panketaler Bürger eingefunden hatten. Ruth Robert-Charrie, Tochter von Wolfgang Benning, und der Historiker Walter Seger richteten einige Worte an die Anwesenden. Es folgten die Verlegungen der Stolpersteine zu Ehren von JENNY GOLD in der Straußstraße und der FAMILIE SEELIG in der Hufelandstraße. Den Abschluß bildete der Stolperstein zu Ehren von SELMA KÜBLER in der Heinestraße, die im KZ Theresienstadt ums Leben kam. Sie war Mieterin der Wohnungsgenossenschaft Heinrich Heine Zepernick und wurde 1938 vom damaligen Vorstand aus der Genossenschaft ausgeschlossen. Sie mußte daraufhin nach Berlin ziehen. Zu der Verlegung dieses Stolpersteins kamen auch Schüler der 9. Klasse des Freien Gymnasiums Panketal und legten Blumen nieder.

Am Vorabend fand im Panketaler Rathaus ein Festakt zum Gedenken an die sieben deportierten und verfolgten Panketaler statt. Zahlreiche Nachkommen der Familie Benning waren eigens aus den USA, Brasilien, der Schweiz und verschiedenen Teilen Deutschlands nach Panketal gereist, um dieser Ehrung und der Verlegung der Stolpersteine beizuwohnen.

Autor und Historiker Walter Seger begrüßte alle Angehörigen im Rahmen einer privaten Feierstunde im Foyer des Panketaler Rathauses und stellte fest, daß man fast schon einer Art Familientreffen beiwohne.

Musikalisch eingeleitet wurde der private Teil des Festaktes mit dem Thema aus dem Film »Schindlers Liste«, von Charlotte Templin an der Solo-Violine, Elena Münster am Klavier, Niels Templin an der Violine, Frederieke Templin an der Viola und Regine Daniels-Stoll am Cello eindrucksvoll und einfühlsam aufgeführt.

Nach lockeren Gesprächen bei einem Glas Sekt und weiteren kurzen musikalischen Beiträgen begann kurz nach 19 Uhr im Ratsaal der offizielle Teil der Veranstaltung, zu der zahlreiche interessierte Bürgerinnen und Bürger des Ortes erschienen. Moderator Thorsten Wirth von der »Kunstbrücke« führte durch den Abend und ordnete die Veranstaltung ein, denn ein erstes Treffen dieser Art hatte vor fast genau 11 Monaten stattgefunden, als der Geschichtsverein »Heimathaus Panketal« und die »Kunstbrücke Panketal« die öffentliche Vorstellung des Buches »Die jüdischen Bewohner in Zepernick 1933 bis 1945« zum Anlaß für einen Gesprächsabend nahmen und Autor und Historiker Walter Seger einen Überblick über seine Forschungsergebnisse gab (BBP 11/2021).

Die während der damaligen Veranstaltung geäußerte Hoffnung, der Abend möge Etappe und nicht Schlußpunkt der Diskussion sein, er-



Foto: MARTIN JEHL

füllte sich: Mit großem bürgerschaftlichem Engagement und tatkräftiger Unterstützung aus dem Rathaus konnte binnen Jahresfrist die Verlegung von sieben neuen Stolpersteinen realisiert werden.

Mittels eines Videos erfuhren die Teilnehmer näheres über die Orte der geplanten Stolpersteinverlegung.

Bürgermeister Maximilian Wonke brachte in seinem Grußwort seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß die Stolperstein-Verlegung vor allem durch das bürgerschaftliche Engagement zahlreicher Panketaler Bürgerinne und Bürger zustande gekommen sei. Das Bewahren von Erinnerung sei insbesondere in Zeiten wichtig, in denen sich Revisionismus wieder Bahn breche und Geschichte sich zu wiederholen drohe.

Anschließend stellte Walter Seger die sieben zu ehrenden Mitbürgerinnen und Mitbürger einzeln vor, unterstützt von einer Powerpoint-Präsentation mit Fotos und Dokumenten aus dem Archiv des Geschichtsvereins. Es sind dies im Einzelnen:

Wolfgang Benning, ermordet 1943 KZ Auschwitz,
Jenny Gold, ermordet 1942 Warschauer Ghetto,
Selma Kübler, ermordet 1943 KZ Theresienstadt,
Salomon Seelig, ermordet 1943 KZ Auschwitz,
Hedwig Seelig, ermordet 1943 im KZ Auschwitz,
Walter Gustav Seelig, ermordet 1943 KZ Auschwitz,
Emil Hans Seelig, ermordet 1942 KZ Auschwitz.

Auch im offiziellen Teil der Veranstaltung setzten die bereits erwähnten Musikerinnen und Musiker zwischenzeitlich musikalische Akzente mit Werken des deutsch-böhmischen Komponisten Erwin Schulhoff (ermordet 1942 im KZ Wülzburg) sowie der polnischen Komponistin und Geigerin Gracina Bacewicz, welche die Zeit der Besetzung Polens durch Auftritte in Kaffeehäusern überstand.

Um die Erinnerungsarbeit weiter zu unterstützen, wurde vom Geschichtsverein »Heimathaus Panketal e.V.« ein zweckbezogenes Spendenkonto eingerichtet. Ihre Unterstützung ist jederzeit willkommen (IBAN: DE66 1705 2000 3600 1499 10, Sparkasse Barnim, Verwendungszweck: Stolpersteine [bitte unbedingt angeben]).

MARTIN JEHL und THORSTEN WIRTH
 (Kunstbrücke Panketal e.v.)

Ihre Gebühren, Ihr Sender

BVB/Freie Wähler fordern RBB-Publikumsrat

Die Landtagsfraktion BVB / FREIE WÄHLER fordert einen Publikumsrat für den RBB. Hierzu hat sie einen Antrag zur gemeinsamen Sitzung des Brandenburger Hauptausschusses mit dem Berliner Medienausschuß am 17. Oktober eingereicht.

Der Vorschlag: Der neue Publikumsrat besteht aus den Beitragszahlern, die jeweils zur Hälfte per Los und per Wahl ausgesucht werden. Der Rat hat ähnliche Rechte wie die bestehenden Kontrollgremien Rundfunk- und Verwaltungsrat. Unter anderem soll der Publikumsrat die Intendanz mitwählen und je zwei Vertreter in Rundfunk- und Verwaltungsrat entsenden. Außerdem muß die Intendanz und Geschäftsführung dem Publikumsrat Rechenschaft zu Investitionen, Wirtschaftsplänen und Programmbeschwerden ablegen und umfassende Prüfrechte und Akteneinsichten gewähren.

Diese Schritte sind nicht erst seit dem RBB-Skandal um Ex-Intendantin Patricia Schlesinger nötig. Sie zeigen aber nochmal umso deutlicher die Erforderlichkeit einer Demokratisierung. Die Beitragszahler haben als Finanzierer des Systems das Recht, bei der Verwendung der Mittel mitzusprechen. Deshalb fordern wir einen Publikumsrat. Das Ansehen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muß dringend verbessert und die Beitragszahler müssen ernster genommen werden. Der Rundfunkrat repräsentiert gesellschaftliche Gruppen, die per Staatsvertrag definiert sind. Damit entsteht eine politische Vorauswahl über Verbände oder Parteien. Der normale RBB-Zuschauer und die

ganz normale RBB-Hörerinnen haben aber kein Gewicht in den Gremien. Das muß sich ändern. Wenn Intendanz, Verwaltungs- und Rundfunkrat sich zwar die Bälle zu spielen, aber entscheidende Kontrollfunktionen versagen, wird es Zeit für echte Unabhängigkeit. Deshalb soll sich der Publikumsrat zur Hälfte per Los und zur Hälfte per zweistufiger Wahl und Fernsehsendung zusammensetzen.

Die Auswahl per Los ist ein Novum für ein Gremium eines öffentlich-rechtlichen Senders. Durch das Zufallsprinzip wird sichergestellt, daß alle Beitragszahler in Brandenburg und Berlin die gleiche Chance haben, einmal Publikumsrat zu werden. Damit sind gesteuerte Kandidaturen quasi unmöglich. Es kann sein, daß der Zufall eine Ärztin aus Bernau, einen Braunkohlekumpel aus der Lausitz und einen Facharbeiter aus Berlin zu Publikumsräten macht. Dann können sie ihre Sicht der Dinge einbringen, Fragen stellen und die Intendanz immer wieder an ihren Auftrag erinnern.

Die andere Hälfte der Mitglieder des Publikumsrates soll durch die RBB-Beitragsgemeinschaft gewählt werden. Hierfür können sich Beitragszahler online oder postalisch als Mitglied des Publikumsrates bewerben und in einer ersten Stufe mit Hilfe der Unterstützung

anderer Beitragszahler auf eine Vorauswahlliste wählen lassen. In einer Sendung mit dem Motto »RBB sucht Publikumsrat« sollen sich die Ausgewählten präsentieren und zur Wahl stellen lassen.

Eine weitere Idee der Landtagsfraktion ist die Petitionssendezeit. Dadurch können Bürger mit Ideen, Themenanliegen oder anderen Inhalten Sendezeit beim Publikumsrat erhalten und sich selbst am Programm beteiligen. Das kann Innovationen befördern, die sonst vor allem im Internet stattfinden.

Neben dem Antrag zur Gründung des Publikumsrates schlägt die Landtagsfraktion zusätzlich vor, daß die Migrantenorganisationen Berlin und Brandenburg ihren Vertreter im Rundfunkrat selbst bestimmen. Bisher benennen Beauftragte der Landesregierungen die Migrantenvertreter, was den Ansätzen nach Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zutiefst widerspricht.

Mit den vorliegenden Vorschlägen sind Ideen eingebracht, das verlorengegangene Vertrauen zurückzugewinnen und die Strukturen des RBB durch mehr Demokratie zu popularisieren. Beitragszahler, die mitentscheiden und sogar Themen oder Sendungen vorschlagen können, mögen eine kleine medienpolitische Revolution sein. Die aber vor dem Hintergrund der Möglichkeiten des Internets längst hätten umgesetzt werden müssen.

Lassen Sie uns einen mutigen Schritt vorangehen und die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf den Weg bringen.

PÉTER VIDA

Über das »Böse« berichten

Auch über das »Böse« zu berichten, gehört zu den Aufgaben der Presse. Beim Bernauer multimedialen Stadt- und Regionalportal (www.bernau-live.de) wird das praktiziert. Bernau LIVE berichtet regelmäßig auch über die Montagsdemos, ohne daß die Betreiber mundtot gemacht werden.

So berichtete Bernau LIVE beispielsweise am 26. September:

Zurzeit versammeln sich auf dem Bernauer Marktplatz, bzw. in der Bürgermeisterstraße erneut zahlreiche Menschen zu einer Kundgebung. Unter dem Motto »Es reicht!« richtet sich die angemeldete Demonstration auch am heutigen Montag gegen gleich mehrere Maßnahmen und Entscheidungen der Bundesregierung oder die aktuellen Energiepreise.

Auf dem Veranstaltungsplakat wird unter anderem mit folgenden Themen zur Teilnahme aufgerufen: Sofortiger Rücktritt der Bundesregierung, Stopp von Waffenlieferungen in die Ukraine, Sofortige Öffnung von Nord Stream 2, Korrektur der Energiepolitik für bezahlbaren Strom oder Gas, Stopp des IfSG – Infektionsschutzgesetz, Herstellung der Grund- und Freiheitsrechte, Stopp der Systempresse. Nach unseren Schätzungen



Foto: BERNAU LIVE

beteiligen sich etwa 400 Menschen an der heutigen Demonstration... Die Kundgebung wird von der Polizei begleitet. Sie sperrt bei Bedarf Kreuzungen und Straßen. Bis etwa 20 Uhr kann es zu Verkehrsbehinderungen im Bereich der Bernauer Innenstadt ... kommen.

Und am 11. Oktober war auf Bernau LIVE zu lesen: *Auch am gestrigen Montag haben sich am frühen Abend zahlreiche Menschen in der Bernauer Bürgermeisterstraße zur »Montagsdemo« verabredet.*

Während sich Themen und Parolen zur Vorwoche nicht oder kaum veränderten, lag die Teilnehmerzahl erheblich unter denen der Vorwoche. Nach unseren Schätzungen haben etwa 250 bis 300 Personen den Weg zur Kundgebung gefunden.

Wie auch in der Vorwoche wurde auf Plakaten dazu aufgefordert »sich zu wehren«, »die Politiker davonzujagen«, für Frieden und gegen den Krieg zu stehen oder etwas gegen die Rußland-Sanktionen und die hohen Preise zu tun. Abseits großer Plakate ging es dann unter anderem gegen Chemtrails, 5G, den Austritt aus der NATO oder gegen den Einsatz von mRNA Impfstoffen...

Wie in den Vorwochen wurde auch die gestrige Demonstration von der Polizei begleitet. Sie sorgten für einen sicheren Ablauf an der Wegstrecke und hatte auch dieses Mal keinerlei Anlaß einzugreifen.

Wer das nicht aushalten kann, verweigert sich dem politischen Diskurs. Wenn das Politiker so machen, sind sie raus aus dem Spiel der politischen Meinungsbildung - abgehoben von der Wirklichkeit.

THOMAS TOBLER

Klimaanpassungskonzept

Eberswalde (bbp). Die Stadt Eberswalde will das Klima anpassen, so könnte zumindest denken, wer hörte oder las, daß ein Klimaanpassungskonzept erstellt werden soll. Bei genauerem Blick bemerkt man indes schnell, daß solch ambitionierten Ziele dann doch nicht Gegenstand eines solchen Konzepts sein sollen. Vielmehr geht es darum, daß sich die Stadt bzw. die hier lebenden Menschen den stattfindenden Klimaänderungen anpassen.

Wie dies bewerkstelligt werden kann, stellte Dr. MADY OLONSCHHECK von der B.&S.U. Beratungs- und Servicegesellschaft Umwelt mbH aus Berlin am 13. September den Mitgliedern des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) vor. Dr. Olonscheck betonte zur Vermeidung solcher Mißverständnisse ausdrücklich, daß es beim Klimaanpassungskonzept nicht um das Thema Klimaschutz geht. Vielmehr soll sich die Stadt angemessen auf Klimaveränderungen vorbereiten und möglichst viele Menschen für das Thema Klimaanpassung sensibilisieren.

Um dem gerecht zu werden, gab es drei Expertenworkshops (*Klimafolgen, Gesamtstrategie, Anpassungsmaßnahmen*) sowie eine Online-Bürgerbeteiligung im Juni/Juli. In der Auftaktveranstaltung am 25. April ging es um die Grundlagenermittlung. Es wurden Extremwetterkategorien (Sturm, Starkregen, Trockenheit, Hitze, Hagel/Schnee) erfaßt, empirisch quantifiziert sowie die Bedeutung der Klimafolgen in einzelnen Handlungsfeldern definiert.

Die Bürgerbeteiligung erbrachte einiges an Maßnahmeideen zur Klimaanpassung, wie mehr Stadtgrün insgesamt und Parkanlagen im Besonderen, die Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung, von Regenrückhalteflächen, Feucht- und Mooregebieten, ein angepaßtes Mahdregime blühender Rasenflächen sowie das Vorhalten von Trinkwasserzapfstellen und eine Smartphon-Nachbarschaftsapp.

Nach der Grundlagenermittlung und der Analyse der Klimafolgen soll im Oktober/November im Rahmen eines dritten Expertenworkshops eine Gesamtstrategie entworfen werden. Hierzu sollen für jedes Handlungsfeld Leitlinien aufgestellt und konkrete Anpassungsziele erarbeitet werden. Mittels Kriterien soll herausgefunden werden, ob vorgeschlagene Anpassungsmaßnahmen auch sinnvoll sind. Bei der Erarbeitung der Gesamtstrategie sollen auch die Stadtverordneten einbezogen werden. Anfang 2023 soll dann in einem weiteren Workshop mit Fachexperten und Stadtverordneten ein Maßnahmenkatalog erstellt werden samt der Verortung der Maßnahmen auf Karten. Parallel dazu soll es eine zweite Bürgerbeteiligung geben. Teil des Anpassungskonzepts soll schließlich auch ein Controllingkonzept mit Indikatoren zur Erfolgsprüfung der Maßnahmen sowie ein Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit sein. Im Frühjahr 2023 soll das Klimaanpassungskonzept für die Stadt Eberswalde fertig sein.

Fahrradstraße im Schellengrund

Eberswalde (bbp). Vor anderthalb Jahren hatte das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Brandenburg ein »Sonderprogramm Stadt und Land« zur Förderung der Radverkehrsinfrastruktur aufgerufen. Kurz zuvor hatten die Eberswalder Stadtverordneten den »Mobilitätsplan 2030+« verabschiedet, mit dem der Verkehrsentwicklungsplan aus dem Jahr 2008 in weiten Teilen geändert wurde.

Mit dem »Mobilitätsplan« hatte sich die Stadt Eberswalde von den 2008 noch enthaltenen Plänen verabschiedet, die Schellengrundtrasse für eine »kleine Innenstadtumgehung« vorzuzulassen. Für die Lösung der innerstädtischen Verkehrsprobleme fokussiert sich die Stadt seitdem alternativlos auf die sogenannte »Umgehungsstraße« B167neu.

Die Trasse durch den Schellengrund war damit frei geworden für den Vorschlag, der bereits im Radnutzungskonzept von 2015 formuliert worden war, nämlich hier einen Fahrradweg als kurze Verbindung zwischen den Ortsteilen mit erhöhter Verkehrssicherheit und Fahrkomfort einzurichten. Noch im Mai 2021 wurde der entsprechende Fördermittelantrag gestellt.

Im Dezember 2021 gab es den Fördermittelbescheid für den Schellengrund, mit den ge-

wollten Bedingungen. So wird der Ausbau als Fahrradstraße erfolgen, wobei der motorisierte Durchgangsverkehr durch bauliche Anlagen abgesperrt werden soll. Derzeit wird der Weg auch von Kraftfahrzeugen häufig als Abkürzung zwischen Eichwerder- und Saarstraße genutzt, was dann nicht mehr möglich sein wird, während zugleich die Zufahrt zu den Kleingartenanlagen erhalten bleiben soll.

Der derzeit unbefestigte Weg soll durch den Schellengrund auf einer Ausbaulänge von etwa 760 Metern zu einer 4 Meter breiten asphaltierten Fahrradstraße ausgebaut werden. Hinzu kommt ein 1,8 bis 3 Meter breiter und 85 Meter langer Geh- und Radweg zur Anbindung des »Offiziersstädtchens« an der Tschaikowski-/Tornower Straße. Letzterer enthält Steigungen bis zu herausfordernden 10 %, wobei der Gehweg zum Teil als Treppe geführt wird. Die Steigungen der eigentlichen Fahrradstraße werden 4 % nicht überschreiten. Der Bau samt Planung soll bis Ende 2023 über die Bühne gehen. Nach öffentlicher Ausschreibung wurde die Planung im Februar 2022 vergeben und die Entwurfsplanung schließlich in der Septembersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt vorgestellt.

Eberswalder Grüne:

Keine Siedlungserweiterung gen Osten

Eberswalde (b90/bbp). Am 18. Oktober stand in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde die Stellungnahme der Stadt zum »Integrierten Regionalplan Uckermark-Barnim« zur Abstimmung. Die im Entwurf der Stellungnahme von der Stadtverwaltung formulierte Forderung nach Ausweisung weiterer zukünftiger Vorbehaltsflächen für die Siedlungsentwicklung im Bereich Ostend und Sommerfelde lehnt die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen strikt ab. Die Fraktion PARTEI Alternative für Umwelt und Natur signalisiert Unterstützung.

Dazu erklärte die Fraktionsvorsitzende Karen Oehler: »Eine Inanspruchnahme von bisher unbebauten Acker- und Grünlandflächen am Stadtrand sollte bis 2030 auf keinen Fall zum städtischen Wachstumsszenario gehören. Eberswalde besitzt ausreichend innerstädtisches Flächenpotential, um den Bedarf an zusätzlichem Wohnraum zu decken. Die seit diesem Jahr bestehende Arbeitsgruppe 'Wohnen' der Stadtverordnetenversammlung benannte dafür bereits konkrete Standorte. Weitere große Reserven bestehen im Gebäudebestand durch Lückenbebauung, Aufstockung und Dachausbauten.«

Grundsätzlich verfolgen Bündnis 90/Die Grünen bei der Stadtentwicklung das Prinzip »Innenentwicklung vor Außenentwicklung«. Angesichts des BRD-weit nach wie vor viel zu hohen Verbrauchs unversiegelten Bodens, der zunehmenden Wasserknappheit, der Krise der Biodiversität und dem Klimawandel, sollte dieser Grundsatz unbedingt beachtet werden. Gut

organisierte innerstädtische Lagen mit bezahlbaren Wohnungen stellen aus Sicht der Grünen zudem eine hervorragende Alternative für die Stadt dar. Kurze Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad machen für viele Menschen den PKW überflüssig. Die Teilnahme am Stadtleben ist viel einfacher, wenn man mitten in der Stadt lebt. Umgekehrt ist die Auslastung von kulturellen Einrichtungen und Gaststätten mit großer Wahrscheinlichkeit in einer kompakten Stadt viel höher als in zersiedelten Bereichen.

Die Stadtverwaltung schlägt in ihrem Entwurf der Stellungnahme vor, über den bestehenden Flächennutzungsplan hinaus großzügig unbebaute Freiräume im Bereich Ostend-Sommerfelde als potentielle Erweiterungsflächen für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern auszuweisen.

Die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur sieht das ähnlich. Wie der Fraktionsvorsitzende Mirko Wolfgramm der BBP-Redaktion gegenüber mitteilte, hatte sich die Fraktion auf ihrer Online-Sitzung Anfang Oktober darüber verständigt, gegen die »Osterweiterung« des Eberswalder Bauflächenpools zu votieren.

Widerstand gegen die B167neu

Eberswalde (bbp). In der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung hatte im September die Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR beantragt, daß die Stadtverordnetenversammlung die einstige positive Stellungnahme zum Bau der sogenannten Umgehungsstraße widerruft. Nach ersten Diskussionen wurde die Vorlage zunächst in den November vertagt. Inzwischen gibt es auch aus den Nachbarkommunen Nachrichten über Initiativen, die sich gegen den Bau dieser Schnellstraße durch das Finowtal wenden.

In Bad Freienwalde sprach sich die Stadtverordnetenversammlung am 13. Oktober erneut gegen die geplante 6 Kilometer lange Ortsumfahrung durch das Naherholungsgebiet Ham-

merthal aus. In der Gemeinde Schorfheide stand eine ähnliche Entscheidung zum BBP-Redaktionsschluß noch aus. Hier hatte die Fraktion vom BÜNDNIS SCHORFHEIDE, das auch den Bürgermeister stellt, für die Gemeindevertretersitzung am 19. Oktober beantragt, »das gemeindliche Einvernehmen für den Neubau der Ortsumgehung B 167 Finowfurt / Eberswalde (L 220 — L 200) zu versagen«. Zugleich sollen verschiedene Gemeinderatsbeschlüsse und Vereinbarungen im Zusammenhang mit der sogenannten Ortsumgehung B167neu aufgehoben werden. Der Bürgermeister soll »für das weitere Verfahren und die erforderlichen Schritte zur Umsetzung dieses Beschlusses eine rechtliche Vertretung ... beauftragen«.

Arbeitsgericht Eberswalde:

Ministerin versetzt zwei Arbeitsrichter

BVB/Freie Wähler kritisieren das Vorgehen von Justizministerin Susanne Hoffmann. Sie ignoriert mit einem beispiellosen Manöver demokratische Entscheidungen und schwächt den Gerichtsstandort Eberswalde. So hat sie gegenüber den dortigen beiden Arbeitsrichtern deren Versetzung nach Cottbus bzw. Neuruppin angeordnet.

Das Besondere: Richterversetzungen bedürfen eines geordneten Verfahrens und dürfen zum Schutz vor Mißbrauch nicht vom Ministerium allein angeordnet werden. Es bedarf der Zustimmung des Richterwahlausschusses. In diesem wurde der Antrag der Justizministerin für beide Richter jeweils zweimal abgelehnt. Hoffmann akzeptierte die Entscheidungen des Gremiums jedoch nicht und verfügte nun im Alleingang die Versetzung im Erlaßwege.

Dies ist aus dreierlei Gründen befremdlich und besorgniserregend:

Erstens bringt damit die Justizministerin ihre Mißachtung gegenüber dem demokratischen Gremium des Richterwahlausschusses zum Ausdruck und greift so in das die Justiz schützende Verfahren ein. So hatte der Richterwahlausschuß die Versetzungsanträge in zwei Sitzungen sehr ausführlich diskutiert. Beide Male kam für das Ansinnen der Ministerin keine Mehrheit zustande. Nun übergeht sie das Gremium einfach und handelt im Erlaßwege. Es ist beispiellos, daß ein Mitglied der Landesregierung so wenig Respekt vor einem demokratisch berufenen Gremium zeigt.

Zweitens ist es eine weitere Schwächung des Gerichtsstandortes Eberswalde. Beide Richter sind versierte Juristen und respektierte Personen in der Justizlandschaft des Brandenburger Nordostens. Sie kennen die Zusammenhänge vor Ort und sind wichtige Pfeiler in der Aufrechterhaltung einer lebensnahen Rechtsprechung. Beide kurz vor der Pensionierung in entfernter gelegene Orte zu versetzen, schwächt die Region.

Drittens erweist sich das Vorgehen sogar als eine Mißachtung der Rechtsprechung. So hat der Dienstgerichtshof des Landes Brandenburg beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in einem gleichgelagerten Fall festgestellt,

daß die Versetzung eines Richters ebenfalls der Mitwirkung des Richterwahlausschusses bedarf. Denn die Bestimmungen des Brandenburgischen Richtergesetzes sind auch diesbezüglich anwendbar (DGH Bbg 1.13, DGH Bbg 1/13, Beschluss vom 12.04.2013).

Auch sonst mutet die Aktion der Ministerin eher als eine Retourkutsche an. Wie erinnern sich, kam gerade aus Eberswalde sehr hörbare und fundierte Kritik an der Arbeitsgerichtsreform des Justizministeriums. Kurz hiernach folgten Disziplinarverfahren und nun die angeordnete Versetzung.

Das Vorgehen der Ministerin ist gutsherrenartig. Es geht nicht an, daß sie sich über das Votum des Gremiums, den Schutz der Gewaltenteilung und sogar die Rechtsprechung hinwegsetzt. Ihr Handeln zeugt von einem besorgniserregenden Amtsverständnis. Die Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler hat deshalb sofort einen Eil-Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Rechtsausschusses angemeldet. Wir werden alles dafür tun, dieses undemokratische Manöver zu verhindern, um im Interesse der Region beide Arbeitsrichter in Eberswalde zu halten.

PÉTER VIDA

Kleiner Wald in Westend

Eberswalde (bbp). In ihrer Sitzung am 28. Juni 2022 hatten die Eberswalder Stadtverordneten auf Vorschlag der Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR die Verwaltung mit der Prüfung beauftragt, ob sich die Waldfläche im Stadtteil Westend zwischen Brunoldstraße und der Trasse der ehemaligen Eberswalde-Finowfurter Eisenbahn für die Schaffung eines sogenannten »Tiny Forest« (Kleiner Wald) eignen würde (BBP Sommer/2022). Die Schaffung solcher kleinen Wälder hatte zuvor Karen Oehler von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angeregt.

Der kleine Wald in Westend, einst in städtischem Besitz, war etwa 2016 an zwei private Anlieger verkauft worden. Einer der beiden, damals noch in einem leitenden Anstellungsverhältnis bei der Stadt Eberswalde, ließ schließlich Anfang 2020 alle Bäume – über 100 Jahre alte Rotbuchen – in seinem Waldstück fällen. Die Umweltbehörde war nicht zuständig und für die Forstbehörde stellte der Kahlschlag eine »ordnungsgemäße Waldbewirtschaftung« dar (BBP 2-3/2020).

Die Antwort des städtischen Liegenschaftsamtes vom 23. August wurde den Stadtverordneten zur Sitzung am 27. September auf den Tisch gelegt. Amtsleiterin BIRGIT JAHN berichtet, daß die beiden betroffenen privaten Flurstücke eine Fläche von insgesamt 4.367 Quadratmeter umfassen und im Flächennutzungsplan der Stadt Eberswalde vollständig als Wohnbaufläche dargestellt sind. Als Wald werden derzeit etwa 3.600 Quadratmeter genutzt.

Die Fläche befinde sich in Privateigentum – da sie von der Stadt verkauft wurde – und sei öffentlich nicht zugänglich. Einen Verkauf der Teilfläche an die Stadt Eberswalde »haben die Grundstückseigentümer leider abgelehnt«, so die Auskunft der Liegenschaftsamtsleiterin. Zudem sei ein Zugang zu den Waldflächen nicht mehr möglich, weil die Flurstücke 63 und 64, über die der Zugang hätte erfolgen können, mittlerweile per Flächenaufteilung an die jeweiligen Anlieger verkauft wurden. Die aktuellen Besitzer wollen die Flächen weder verkaufen noch Nutzungsrechte einräumen.

Infolge des verwehrten Zugangs sind aktuell demnach keine anderen Nutzungen möglich als die bestehenden – nämlich Wald, wofür die jeweiligen Flächeneigentümer verantwortlich sind. Immerhin.

Rotfuchs-Veranstaltungen in Bernau

Die angekündigte Veranstaltung am 22. Oktober: DER UMBAU DER WELT. WOHIN FÜHRT DIE »NEUE SEIDENSTRASSE«? mit Dr. Uwe Behrens im Bernauer Treff 23 (Breitscheidstr. 43 a, 16321 Bernau) findet nicht statt. Sie wird nach der nunmehrigen Planung am 21. Januar 2023, 15 Uhr, am gleichen Ort durchgeführt. Wir bitten um Entschuldigung, wenn wir mit der Verlegung Unordnung ins Leben bringen.

Ich verweise auf den nächsten geplanten Vortrag am 12. November, 15 Uhr, an ebenfalls diesem Ort mit dem Rechtsanwalt Ralph Dobrawa zum Thema: ENTWICKLUNG DES VERFASSUNGS-, STRAF- UND ORDNUNGSRECHTES IN DER BRD (siehe auch Oktober-Ausgabe RotFuchs Seite 40).

KLAUDIUS DIETER JÄSCHKE

RotFuchs-Förderverein e.V. Regionalgruppe Bernau bei Berlin

Verkeimter Eisensäuerling

Eberswalde (bbp). Auf Initiative der bündnisgrünen Stadtfraktion in Eberswalde sollte die Stadtverwaltung die Voraussetzungen für eine Wiederinbetriebnahme der Trinkwasserzapfstelle »Eisensäuerling« auf dem Eberswalder Marktplatz prüfen (BBP 9/2022).

Im September gab die Baudezernentin Anne Fellner im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt Auskunft zu den Ergebnissen der Prüfung. Als 2007 im Rahmen der Umgestaltung des Marktplatzes das Gebäude »Eisensäuerling« errichtet wurde, war dort eine Wasserbar für die kostenlose Trinkwasserentnahme für die Bürger integriert. Die Wasserbar sollte durch den Imbißbetreiber bewirtschaftet werden. Allerdings habe die Anlage den Testbetrieb nicht bestanden. Die Keimbelastungen überschritten permanent und deutlich die Grenzwerte der Trinkwasserverordnung. Daher erhielt die Anlage nie eine Abnahme durch das als Aufsichtsbehörde zuständige Gesundheitsamt und wurde aus hygienischen Gründen zurückgebaut.

Mit der Neuvermietung des Imbisses, so Anne Fellner, »sind im Gebäude Umbauten erfolgt. Der ursprüngliche Platz für eine Tafelwasseranlage steht nicht mehr zur Verfügung. Die Leitungen sind ebenfalls zurückgebaut worden.«

»Einfach Spaß«:

Einmal Schnitzel mit Buch!

Lesung im Kontaktladen THEO in Basdorf

Basdorf (bbp). Seine Lesungen sind auf YouTube sehr begehrt. Die szenische Lesung über »11 Minuten« (zusammen mit seiner Frau Margot) wurde schon 78.000 Mal, und jene über Elke Heidenreichs »Alte Liebe« 16.000 mal angeklickt. Nun startet er unter dem Motto »Einfach Spaß« Lesungen im Kontaktladen THEO, in Basdorf.

»Ich war ganz begeistert, als ich von dem Projekt der Hoffnungstaler Stiftung Lobetal gehört habe, im THEO Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen in Kontakt zu bringen. Und ich möchte meinen Beitrag zum Gelingen des Projekts leisten, in dem ich Kurzgeschichten in der sogenannten 'einfachen Sprache' vorlese.« Texte in einfacher Sprache haben kürzere Sätze, einfachere Satzstrukturen als die Standardsprache und vermeiden Fremdwörter, schwierige Metaphern oder Anspielungen.

»Für den Anfang haben wir aus dem umfassenden Programm des Spaß-am-Lesen-Verlags Kurzgeschichten herausgesucht, die unter dem Titel stehen 'einmal Schnitzel mit Buch!'« freut sich Oberhof auf die Veranstaltung, die am 19. Oktober im Kontaktladen Theo in der Fontanestraße 6 in 16348 Basdorf stattfand.

Die Rosa Luxemburg Werke sind nun digitalisiert, online zugänglich und mit einer guten Suchfunktion versehen. Da macht es für Einsteiger:innen und Fortgeschrittene Spaß zu stöbern.... rosaluxemburgwerke.de/buecher

Gemeinsames Bahnfahren belegt:

10-Minuten-Takt ist möglich



Am 10. Oktober trafen sich rund 30 Menschen am Bernauer Bahnhof zum gemeinsamen Bahnfahren für den 10-Minuten-Takt der S2. Dazu eingeladen hatten BVB/Freie Wähler und der Landtagsabgeordnete Péter Vida, die seit vielen Jahren für einen beschleunigten Ausbau der Taktzeiten kämpfen.

Neben Bernauer Politikern waren auch Gemeindevertreter aus Panketal dabei; der ebenfalls eingeladene Bürgermeister Panketals hatte abgesagt. Mit dabei waren dafür zahlreiche Vertreter der landesweiten Bürgerinitiative »Mehr Eisenbahn für Brandenburg«, die auch eine schnelle Einführung des 10-Minuten-Taktes befürworten.

Mit der gemeinsamen Bahnfahrt sollte der fahrende Beweis angetreten werden, daß ein 10-Minuten-Takt schon jetzt, auch ohne zweites Gleis, möglich ist. Denn obwohl die Landesregierung im Jahr 2020 endlich eingeräumt hat, daß der 10-Minuten-Takt schon jetzt realisierbar wäre, behaupten vereinzelt Politiker bis heute, es brauche ein zweites Gleis oder größere Investitionen in die Gleise.

Nach einer kurzen Ansprache am Bernauer Bahnhof stieg die Gruppe in die S2 und fuhr nach Berlin-Buch. Die rund fünf Minuten bis nach Zepernick mit Zwischenhalt in Friedenthal nutzte Gastgeber Péter Vida, um den Anwesenden einen kurzen Abriss über die Historie zu geben: »Nach jahrzehntelangen Versprechungen zur schnellen Einführung des 10-Minuten-Taktes war es der pensionierte Bahningenieur Rolf Schlöffel, der in einem Gutachten zu dem Urteil kam, daß es nicht an einem zweiten Gleis, sondern an Zügen, Personal und am politischen Willen liegt. Mehrere auf dem Gutachten aufbauende Anfragen von mir an die brandenburgische Landesregierung bestätigten dann die Einschätzung.«

Der Bahnhof Zepernick hat eine Schlüsselrolle für den 10-Minuten-Takt. Denn genau hier können sich die Züge begegnen und dann auf der eingleisigen Strecke in Richtung Buch oder Bernau weiterfahren. Das wurde während der Fahrt nochmal deutlich. Die Fahrt von Bernau nach Buch dauert 10 Minuten und paßt mit dem Begegnungsbahnhof Zepernick nach 5 Minuten genau in das Zeitschema zur Einführung eines 10-Minuten-Taktes.

Nach Ankunft in Buch stieg die Gruppe dann wieder um in eine S2 nach Bernau. Während der Rückfahrt entwickelte sich eine spannende und intensive Diskussion auch über die jüngsten Antworten der Landesregierung auf Anfragen von Péter Vida. So stellte die Landesregierung in Rücksprache mit der Bahn in Aussicht, daß vor allem Arbeiten an der Signal- und Leitungstechnik notwendig sind. Die Anwesenden und Péter Vida sehen das als grünes Signal, um den 10-Minuten-Takt zügig einzuführen und die Pendler zu entlasten, weil es eines zweiten Gleises hier nicht bedarf. Im Vergleich zu anderen Außenästen der S-Bahn wohnen sehr viele Menschen entlang der Strecke, was ein zusätzliches Argument zur schnellen Realisierung ist.

Das gemeinsame Bahnfahren war aus Sicht aller Anwesenden eine sehr gelungene und vor allem anschauliche Veranstaltung. Im Anschluß an das gemeinsame Bahnfahren diskutierten die Interessierten bei Kaffee und Kuchen und ließen den Abend ausklingen.

BVB/Freie Wähler lassen bei diesem wichtigen Thema nicht locker und setzten auf eine intensive Unterstützung durch die Bernauer Stadtverordnetenversammlung und die Panketaler Gemeindevertretung sowie die Bürgermeister von Bernau und Panketal.

CLEMENS HERRMANN

Hallo (von RAINER KROBOTH)

Ihr Regierungsbosse,
Ihr, die ihr sitzt auf hohem Rosse,
Ihr, die ihr Politik gestaltet,
Und grottenschlecht das Land verwaltet.
Ihr, die ihr auf fremde Mächte baut,
Dadurch dem eigenen Volk die Zukunft klaut,
Ihr könnt noch so lustig schwafeln,
Ihr seid schuld an Deutschlands Tafeln.
Ihr, die ihr verschenkt in alle Welt,
Das vom Volk geschaffene Geld.
Ihr, die ihr Entlastungspakete schnürt,
Und dadurch Anteilnahme suggeriert,
Ihr, deren Tafeln gut gedeckt,
Ihr wißt es nicht, wie Armut schmeckt,
Ihr regiert eines der reichsten Länder
Und könntet, nein müßtet eigne Armut ändern.

Bürger wenden sich vom Staat ab »Populisten« im Kreistag

Parteien und Politiker sind dafür verantwortlich

Die Parteien verspielen leichtfertig das Vertrauen in die Politik und die Demokratie. Nach den Wohlstands- und Friedensbeteuerungen der Vorwahlzeit, die noch davon gekennzeichnet war, daß Frau Merkel und Präsident Macron mit einer bewunderungswürdigen sturen Beharrlichkeit den Kriegausbruch seit 2014 durch intensiv geförderte Wirtschaftsbeziehungen (Nord Stream 2) verhinderten, gebärden sich aktuell die namhaftesten Bundespolitiker wie verhinderte Kriegsminister oder eine Clique kleiner Jungen und Mädchen, die mit Kanonen und Panzern im Sandkasten spielen, weil keiner von ihnen weiß, wie Krieg wirklich ist – allen voran Habeck, Hofreiter

und Strack-Zimmermann unter dem Befehl von Feldweibel Stoltenberg.

Für den Profit der Rüstungs- und Energiekonzerne treten sie alle Moral unter ihren Fuß und wenn der Kanzler neuerdings von Imperialismus redet, dem es zu widerstehen gilt, ist fraglich, ob er weiß, wovon die Rede ist. Er verortet den Imperialismus im Osten und vergißt die USA dabei völlig. Sein Parteifreund von Dohnany aus Hamburg (»Nationale Interessen«) ist da erkenntnispolitisch schon viel weiter! Er erkannte die Hegemonie- und Gendarmenrolle der USA und deren Korrumpierung der europäischen Eliten!

BERND C. SCHUHMAN

Strafrecht contra Erinnerung an Befreiung

Eberswalde (bbp). Statt der traditionellen gemeinsamen Gedenkfeier zum Tag der Befreiung am 8. Mai, gab es in diesem Jahr zwei getrennte Veranstaltungen. Um 9 Uhr hatte Bürgermeister Götz Herrmann eine Kranzniederlegung angemeldet, um 10 Uhr die Linkspartei.

Wie in jedem Jahr war auch Eckhard L. dabei (BBP 9/2022) und rechtzeitig vor Beginn um 8.30 Uhr samt seiner Plakate am Ehrenmal in der Freienwalder Straße präsent. Die Plakate sammelte er wieder ein, nachdem Polizisten ihn darauf aufmerksam machten, daß wegen des Ukrainekriegs keine als politisch zu deutende Bekundungen erlaubt seien.

Um so erstaunter war er, als er zwei Monate später wegen einer Anzeige zur Polizei vorgeladen wurde. Er soll angeblich als **Veranstalter** oder Leiter eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug ohne Anmeldung durchgeführt haben, weshalb ihm laut Versammlungsgesetz § 26 eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe drohte. Zwischenzeitlich hat die Polizei den Vorgang an die Staatsanwaltschaft abgegeben.

Doch mittlerweile erhielt Eckhard L. ein weiteres Schreiben der Versammlungsbehörde der Polizei Frankfurt (Oder). Diesmal wird ihm vorgeworfen, **Teilnehmer** einer unangemeldeten Versammlung gewesen zu sein, was eine mit Bußgeld bis zu 30.000 Deutsche Mark zu bestrafende Ordnungswidrigkeit nach § 29a des Versammlungsgesetzes sei. Die Herleitung bezieht sich hier auf den § 16 des Versamm-

lungsgesetzes. Selbiger verbietet öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge innerhalb »befriedeter Bannkreise der Gesetzgebungsorgane der Länder«.

Im Land Brandenburg wird dieser Paragraph durch das Gräberstättenversammlungsgesetz ersetzt, das sich auf Gräberstätten nach § 1 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gräbergesetzes im Land Brandenburg (GräbG-AGBbg) bezieht und als solche Geländeflächen identifiziert, auf denen Gräber nach § 1 Abs. 2 des Gräbergesetzes liegen, soweit auf ihnen zugunsten des Landes eine öffentliche Last nach § 2 Abs. 2 des Gräbergesetzes ruht.

An letzterem besteht kein Zweifel, denn bei dem Ehrenmal in der Freienwalder Straße handelt es sich um die Gräber von sowjetischen Soldaten, die für die Befreiung von Eberswalde und der Umgebung ihr Leben gaben.

Nun soll also Eckhard L., der eigentlich nur an der angemeldeten Gedenkveranstaltung des Eberswalder Bürgermeisters teilnehmen wollte, zugleich und in persona Veranstalter einer unangemeldeten Versammlung sein und zugleich auch noch – der einzige – Teilnehmer einer solchen sein. Zwei angedrohte Strafverfolgungen für ein »Vergehen« - nämlich gemeinsam mit dem Bürgermeister am Tag der Befreiung an die sowjetischen Gefallenen zu erinnern.

Wie zu erfahren war, soll sich inzwischen eine Solidaritätsgruppe gebildet haben, die Eckhard L. im Kampf gegen die ungerechtfertigten Anschuldigungen unterstützen will.

Bei nur einer Gegenstimme votierte der Kreistag Barnim auf seiner Sitzung am 21. September für den Erhalt der RB63 von Joachimsthal nach Templin. Damit machte das Kreisparlament deutlich, wie wichtig diese Linie für die infrastrukturelle Versorgung der Region ist.

Besonders bemerkenswert dabei ist, daß der Antrag fraktionsübergreifend einschließlich der im Land regierenden SPD, CDU und Grünen gestellt wurde und deren Kreistagsmitglieder auch zustimmten. Wie erinnerlich, wurde eine Woche zuvor ein entsprechender Antrag der Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler, der die Fortsetzung des Probetriebs vorsah, im Landtag abgelehnt.

Das Votum des Kreistages Barnim bringt nun die Landtagskoalition in eine knifflige Lage. So hatte Landtagsabgeordneter Rostock (Grüne) die Befürworter des Bahnerhalts als »Populisten« beschimpft, die damit vor Ort Stimmung machen würden. Nun haben seine eigenen Kreis-Grünen dafür gestimmt. Zugleich bleibt SPD-Landtagsabgeordneter Lux der Region weiterhin eine Erklärung schuldig, warum er im Landtag nicht nur nicht für den Erhalt der RB63 gestimmt, sondern bei der entsprechenden Debatte demonstrativ das Landtagsplenum verlassen hatte.

Wir bleiben dabei: Der Erhalt der Linie ist essentiell für die infrastrukturelle Entwicklung der Region. Mit dem Votum des Kreistages im Rücken werden wir im Landtag nochmal Anlauf nehmen und Druck machen. Es ist schon befremdlich, daß die Landesregierung eine wichtige Bahnlinie sterben läßt. Gerade die Grünen reden die ganze Zeit davon, auf die Bahn umzusteigen, wenn es aber konkret wird, hängen sie den ländlichen Raum ab. Das letzte Wort ist hier sicherlich noch nicht gesprochen.

CHRISTINE WERNICKE und PÉTER VIDA

Kommentiert:

Eine Versammlung im Sinne des Artikel 8 des Grundgesetzes ist »eine örtliche Zusammenkunft mehrerer Personen zur gemeinschaftlichen Erörterung oder Kundgebung mit dem Ziel der Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung« (Quelle: BVerfG NwZ 2011, 422, 423; B VerfG NJW 2011, 1201, 1204 – gefunden in: <https://www.iurastudent.de/definition/versammlung>). Näher geregelt wird das im Land Bayern, das über ein eigenes Versammlungsgesetz verfügt. Dieses definiert in Artikel 2 Absatz 1 bereits »eine Zusammenkunft von mindestens zwei Personen« als »Versammlung«.

Damit wird nunmehr verständlich, wieso Eckhard L. gleich mit zwei Anzeigen beglückt wurde. Zum einen soll er Veranstalter sein und zum anderen Teilnehmer. Somit wird die nötige Mindestzahl von zwei Personen erreicht und seine Zusammenkunft mit sich selbst kann als Versammlung gewertet werden. Es lebe der Rechtsstaat BRD!

GERD MARKMANN



Perso ohne Fingerabdruck

Wißt ihr, wie lange euer Personalausweis noch gültig ist? – Im August war es ein Jahr her, daß alle, die einen neuen Ausweis wollen, die Fingerabdrücke ihrer beiden Zeigefinger einscannen und auf dem Chip des Ausweises speichern lassen müssen. Ein bitterer Jahrestag, denn das Speichern der digitalen Fingerabdrücke fühlt sich nicht nur übergriffig an – wir halten es für grundrechtswidrig und gefährlich.



Foto: Marcus Hanke, cc-by 4.0

Seitdem die Regelung letztes Jahr in Kraft trat, ist deshalb bei Digitalcourage viel passiert: Wir haben unsere Klage gegen die der Speicherpflicht zugrunde liegende EU-Verordnung beim Verwaltungsgericht Wiesbaden eingereicht. Offenbar waren unsere Argumente überzeugend, denn von dort wurden wir innerhalb kürzester Zeit weitergereicht an den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Wir haben vor dem EuGH eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Gleichzeitig konnten auch andere Institutionen eine Stellungnahme einreichen, unter anderem die Regierungen aller EU-Mitgliedsstaaten, das EU-Parlament, der Rat und die Kommission.

Gerade werden diese Stellungnahmen beim EuGH übersetzt, bevor sie veröffentlicht werden – eine kurze Verschnaufpause für uns, bevor das große Kräftemessen beginnt. Der nächste Meilenstein wird dann die mündliche Verhandlung sein, auf die wir uns gründlich vorbereiten müssen.

Der Prozeß gegen die Speicherpflicht für Fingerabdrücke kostet uns Geld – für Anwaltskosten, Reisekosten und Öffentlichkeitsarbeit. Bitte unterstützt unsere Arbeit: civi.digitalcourage.de/perso-ohne-finger

Wenn Behörden sensible biometrische Daten wie unsere Fingerabdrücke verarbeiten, müssen sie deren Sicherheit garantieren. Leider lehrt uns die Erfahrung, daß oft Schutzregelungen aufgeweicht werden, nach und nach weitere Behörden Zugriff bekommen oder der Schutz der Daten nicht mithält mit neuen technischen Möglichkeiten. In diesem Fall hätte das fatale Folgen: Unsere Paßwörter oder Telefonnummern können wir wechseln – wenn es schlimm kommt, auch unseren Namen. Doch unsere Fingerabdrücke machen uns ein Leben lang identifizierbar. Das ist einer der Gründe dafür, daß die Speicherpflicht gekippt werden muß. Die ersten Schritte sind geschafft, doch das große Ringen steht uns noch bevor.

JULIA WITTE und das Team von Digitalcourage

Die »falschen« Kriegsoffer

Eberswalder Finanzamt will Wandlitzer Hilfsverein mundtot machen

Der Verein Friedensbrücke-Kriegsofferhilfe e.V. mit Sitz in Wandlitz leistet seit 2015 humanitäre Hilfe im Donbass. Jetzt soll dem Verein wegen »politischer Tätigkeit« rückwirkend die Gemeinnützigkeit aberkannt werden. Das Finanzamt Eberswalde zeigt dabei einen höchst kreativen Umgang mit dem Recht.

Dabei werden u.a. einige Reden der Vereinsvorsitzenden LIANE KILINC auf verschiedenen Veranstaltungen dem Verein vorgehalten, um so die Aberkennung der Gemeinnützigkeit zu begründen. Dies zielt vor allem auf die Abschreckung von Spendern. Hinzu kommt, daß »wirtschaftliche Tätigkeiten« des Vereins, wie der Verkauf von selbstgebackenem Kuchen etc., dessen Erlöse in die Finanzierung der Hilfsgüter floß, rückwirkend der Körperschaftsteuer unterliegt. Das könnte auf Steuernachzahlungen hinauslaufen.

Ähnliche Attacken des Finanzamts auf die Gemeinnützigkeit des großen Vereins Attac endeten im Februar 2022 mit einem Erlaß des Bundesfinanzministeriums, in dem es heißt: »Es ist einer steuerbegünstigten Körperschaft gleichwohl gestattet, auf die politische Meinungs- und Willensbildung und die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß zu nehmen, wenn dies der Verfolgung ihrer steuerbegünstigten Zwecke dient und parteipolitisch neutral bleibt. Die Beschäftigung mit politischen Vorgängen muß im Rahmen dessen liegen, was das Eintreten für die steuerbegünstigten Zwecke und deren Verwirklichung erfordert. Zur Förderung der Allgemeinheit gehört die kritische öffentliche Information und Diskussion dann, wenn ein nach § 52 Abs. 2 AO begünstigtes Anliegen der Öffentlichkeit und auch Politikern nahegebracht werden soll. (...) Eine derart dienende und damit ergänzende Einwirkung muß aber gegenüber der unmittelbaren Förderung des steuerbegünstigten Zwecks in den Hintergrund treten. Bei Verfolgung der eigenen satzungsmäßigen Zwecke darf die Tagespolitik nicht im Mittelpunkt der Tätigkeit der Körperschaft stehen.« Außerdem dürfe ein solcher Verein auch vereinzelt zu tagespolitischen Themen Stellung nehmen, die nicht Satzungszweck sind.

Die Auffassung des Finanzamts Eberswalde fällt weit hinter diesen Erlaß zurück, obwohl dieser auch für dieses Finanzamt bindend ist und sogar in dem Schreiben des Eberswalder Amtes zitiert wird. Dem Brief des Finanzamtes ging eine Reihe von Presseartikeln voraus, die selbst aus der Verteilung von Trinkwasser und Brot an Bewohner frontnaher Gebiete im Donbass »Hilfe für Putins Krieg« machten (u.a. BZ, 20.9.22). Die Polizei leitete sogar ein Ermittlungsverfahren gegen den Verein ein wegen »Verstoß gegen § 140 des Strafgesetzbuchs – Belohnung und Billigung von Straftaten«. Das Delikt: Vom Verein war ein ziviler LKW-Transport mit Wasser, Mehl und Brot für die Menschen im Donbass finanziert worden. Das Vereinskonto soll die Bank inzwischen gekündigt haben. Offensichtlich soll die Tätigkeit des Vereins mit allen Mitteln beendet werden.

Das Finanzamt Eberswalde schreibt an den Steuerberater des Vereins: Daran, daß der Verein »seine satzungsgemäßen Zwecke umsetzt, besteht kein Zweifel.« Aber der Verein habe »Kundgebungen mit politischen Inhalten, wie z.B. die Protestkundgebung am 14.04.2019 in Berlin« organisiert »und nahm aktiv an Demonstrationen mit politischen Inhalten teil. Reden der Vereinsvorsitzenden, die sie im Namen des Vereins hält, sind gefüllt mit politischen Inhalten und im Internet abrufbar.«

Als 2019 diese Kundgebung mit dem Motto »Stoppt den Krieg im Donbass!« stattfand, war die BRD noch Garantimacht der Minsker Vereinbarungen und hätte eigentlich selbst für diese Forderung wirken müssen. Die Satzung des Vereins wurde wie die Satzung aller gemeinnützigen Vereine vom Finanzamt abgenommen. Dort heißt es zu den Mitteln zur Verwirklichung des Satzungszwecks: »Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens« unter anderem die »Durchführung wissenschaftlicher und anderer Veranstaltungen zur Aufklärung der Menschen und Bekanntmachung der Opfer von Kriegen und zum Meinungsaustausch über die Möglichkeiten der Verhinderung und Beendigung von militärischen Konflikten.« Eine Veranstaltung mit dem Titel »Stoppt den Krieg im Donbass« paßt zu dieser Beschreibung.

Was die Reden der Vorsitzenden betrifft, so werden diese auf der Internetseite des Vereins dokumentiert. Weder von der Vorsitzenden selbst noch auf der Seite des Vereins wird behauptet, daß diese Reden im Namen und im Auftrag des Vereins gehalten wurden. Das Finanzamt Eberswalde tut aber, als wäre dem so.

Nach Auffassung der Finanzbeamten sind fünf Reden und ein Veranstaltungsauftritt in drei Jahren »eine umfangreiche politische Betätigung«. Würde sich das Eberswalder Amt mit seiner Auslegung durchsetzen, muß künftig jeder, der den Vorsitz eines gemeinnützigen Vereins übernimmt, auf seine politischen Rechte als Staatsbürger weitgehend verzichten.

Aber offensichtlich geht es um die konkrete Tätigkeit des Vereins, die Hilfe für die vom Krieg betroffenen Menschen im Donbass, die den deutschen Behörden unerwünscht ist. Allein die Erwähnung, daß dort Zivilisten unter dem Beschuß durch die ukrainische Armee leiden, ist wohl schon zuviel und muß zum Schweigen gebracht werden.

Wer dem Verein FRIEDENSBRÜCKE – KRIEGSOFFERHILFE E.V. unterstützen möchte, findet die Kontaktdaten auf www.fbko.org.

GERDA HENKEL

Schweyk ist solidarisch mit der Ukraine Vollendete Tatsachen

Schweyk sitzt vor dem Einstein inmitten eines großen Haufens von Stoffetzen und knüpft aus grün und braun gefärbten Streifen, die aus alten Bettüchern gerissen wurden, Tarnnetze. Er verheddert sich immer wieder beim Knüpfen in seinem Netz.

Tazlerin: Na, lieber Schweyk, was soll das denn werden? Sind Sie unter die Künstler gegangen?

Schweyk: Um Kunst geht es hier nicht, ach, bitte helfens mir, haltens einmal da fest, damit ich die beiden Streifen besser verknüpfen kann. Die Knoten müssen festsitzen, da darf sich nichts verziehen. Das muß ein dichtes Netz werden, aber leicht muß es auch sein.

Tazlerin: Ein Netz, aus dem Stoff alter Bettücher? Schweyk, ich versteh Sie nicht. Fische werden Sie damit nicht fangen können, in das Netz geht Ihnen keiner, falls es in der Spree überhaupt noch Fische gibt, was ich bezweifle. Aber Sie sehen das sicher anders. Ich warte auf Ihr Anglerlatein. Sie haben ja einen mächtigen Fang im Auge, bei der Größe dieses Netzes.

Schweyk: Nein, nein, mit Anglerlatein kann ich nicht dienen, ich bin auch nicht auf Fische aus, nein, da sinds auf dem Holzweg. Ich bin solidarisch mit der Ukraine und tu das, was alle anderen in der Ukraine auch tun, ich knüpfe Tarnnetze, damit die ukrainischen Stellungen von den russischen Aufklärern nicht gesehen werden können, die sie ja sofort eliminieren würden. Gute Tarnung ist überlebenswichtig in der Ukraine in diesen Tagen. Und da helf ich mal aus, mit meinen bescheidenen Mitteln.

Sie suchen ja Freiwillige, vor allem Veteranen, Leute mit Kriegserfahrung. Da hab ich mir auch schon überlegt, ob ich mich auf den Weg nach Kiew machen soll, aber dann kamen mir doch Zweifel, ob sie einem superarbitrierten Halbidioten die Verteidigung des Vaterlands anvertrauen möchten. Möcht sein, daß ihnen dies doch als etwas zu riskant erscheinen könnt. Risikofreudig sind sie schon in Kiew,

das muß man ihnen lassen, aber meinerseits bleibt bei der Solidarität der kleinen Schritte. Da knüpfe ich eben Tarnnetze.

Es wär ja schad, wenn die 12 Haubitzen aus den Beständen der NVA, wo der Eppelmann seinerzeit nicht mehr abgerüstet hat, weil es mit dem Anschluß der DDR an die BRD so schnell ging, daß sie am Ende von der Bundeswehr übernommen werden mußten, wo sie nach Finnland verkauft hat, also wenn diese Haubitzen, nachdem sie nach einigen Quereulen schließlich doch in der Ukraine angekommen sind, gleich bei ihrem ersten Einsatz von der russischen Aufklärung geortet und ausgeschaltet würden. Das wäre doch schad um die viele Arbeit. Deshalb müssen sie gut getarnt sein und dazu dient mein Netz.

Ich hab zu Hause schon drei Umzugskartons mit Tarnnetzen gepackt und die gehen, wie dieses Netz auch mit dem nächsten Hilfsgütertransport in die Ukraine. Das ist alles schon organisiert. Das läuft reibungslos. Es mag ja noch ein Weilchen dauern, bis die schlechte Presse den Scholz, den alten Zauderer, weichgekocht hat, und die schweren Waffen endlich an die Ukraine geliefert werden. Da sind meine Tarnnetze schon da und einsatzbereit. Da kann ihnen nichts passieren.

Das wär ja auch schad, wenn die überholten 100 Marder oder die 50 Geparden, die Rhein Stahl oder Krauss-Maffei Wegmann endlich geliefert hat, gleich im Granatenhagel wieder schrottreif geschossen würden, davor bewahrt sie mein Tarnnetz, wenn es dicht ist und die Knoten festsitzen. Also, bitte haltens gut fest, dann komm ich gut voran mit dem Knüpfen...

notiert für die AGA von HARTMUT LINDNER

Das Bundeskriminalamt (BKA) setzt mit dem EPRIS-Projekt* ein europäisches Polizeiregister durch, obwohl es dazu noch gar kein EU-Gesetz gibt. Das Bundeskriminalamt leitet mit Beginn diesen Monats das Pilotprojekt zu EPRIS, welches die Europäischen Union finanziert. Im Fall einer wirklichen EU-weiten Umsetzung ist diese Behörde wegen seines know how sofort der Platzhirsch. Problem: Informationen aus Ermittlungsakten sollen zukünftig europaweit geteilt werden können. Die Datenschutzbelange deutscher Bürger interessieren dabei nicht. Das Vorgehen, welches hier im Pilot stattfindet, ist bisher ungesetzlich. Jeder Akteneintrag zu deutschen Bürgern steht dann, sofern irgendwann einmal gegen sie ermittelt wurde, ausländischen automatisierten Suchanfragen völlig offen zur Verfügung. Die Daten sind, wenn einmal vorhanden, nicht mehr geschützt. Das betrifft auch Personen, die nie verurteilt wurden. Das sind dann auch Fälle, in denen nur durch Zufallstreffer irgendein Bürger in ein Ermittlungsvisier gerät, wie z.B. Ermittlungen gegen Nachbarn bei Hausbränden oder bei Rasterfahndungen oder Müller Meier Schulze wird nur mal von mißliebigen Nachbarn angezeigt.

Die Methode zur Durchsetzung: Wie schon beim europäischen Fluggastdatensystem greifen einige Mitgliedstaaten dem notwendigen Gesetzgebungsprozeß vor, indem sie mit Steuergeldern der EU eine technische Lösung entwickeln und damit vollendete Tatsachen schaffen.

THOMAS TOBLER

* EPRIS – European Police Records Index System = Europäischer Kriminalaktennachweis

Eine neue linke Initiative:

Wahlalternative Soziale Liste Zukunft

Mit einem Aufruf zur Zusammenarbeit aller für soziale Gerechtigkeit einstehenden Kräfte haben jetzt einige Menschen aufgerufen, für die das Projekt LINKSPARTEI gescheitert ist. Diese werde inzwischen von neoliberalen Identitätslinken dominiert. Mehr Infos unter soziale-liste-zukunft.org.

Chronik von SOS Rassismus Barnim 2021 veröffentlicht

Rassismus hat viele Gesichter

Von merkwürdiger Kontrolle über Suizid bis Körperverletzung

Seit 2015 dokumentieren Aktive des Afrikanischen Kulturvereins Palanca e.V., der Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« und der Vernetzung Barnimer Willkommensinitiativen rechtsextreme und rassistische Vorfälle im Landkreis Barnim. Viele Ereignisse werden erst später bekannt, manche müssen umfangreich recherchiert werden. Daher erscheint die Chronik oft erst Mitte des Folgejahres.

Wir sind uns bewußt, daß wir nur einen Teil des Phänomens abbilden können, die meisten Vorfälle werden uns nicht bekannt. Dennoch trägt unsere Recherche dazu bei, den Beschwichtigungen und den Relativierungen des Problems etwas entgegenzusetzen.

»Seit den mörderischen Attacken in Halle und Hanau und seit dem Tod von George Floyd wird mehr über Rassismus und seine Ursachen gespro-

chen. Die Gefahren durch rechte Hetze und Gewalt, die Benachteiligungen durch rassistische Strukturen und die Diskriminierungen im Alltag werden deutlicher, wenn hingeschaut wird«, so Augusto Jone Munjunga, Vorsitzender von Palanca e.V.

Die Initiative SOS Rassismus Barnim dokumentiert rassistische Vorfälle im Barnim und will damit zu einer gesellschaftlichen Sichtbarkeit von Rassismus beitragen. Welcher Vorfall als rassistischer Übergriff gilt, wird definiert durch die jeweilige Person, die davon betroffen ist. Wir sehen eine Unmöglichkeit darin, einen von uns oder anderen definierten Rahmen von rassistischen Übergriffen zu setzen. Dies würde zur Unsichtbarmachung von Diskriminierungen führen und damit dem Rassismus Vorschub leisten.

Die Chronik von SOS Rassismus Barnim 2021 ist im Internet unter sos-rassismus-barnim.de einsehbar.

SOS Rassismus Barnim betont: »Schweigen bei Diskriminierungen und Benachteiligungen, bei Hetze und Gewalt schützt niemanden, wirkt aber wie Zustimmung. Wer rassistische Vorfälle mitteilen oder sich mehr zur Überwindung von Rassismus engagieren möchte, kann sich gern bei uns melden.« (Kontakt per eMail: rassismus.barnim@gmail.com oder telefonisch über den Palanca e.V., Coppistraße 1, 16227 Eberswalde, Tel. 03334/3822563 mit Anruferantworter)

AUGUSTO JONE MUNJUNGA, STEFFEN EHLERT und DIETER GADISCHKE

Ganzheitliche Ernährung (21)

Ziel des gesamten Verdauungsprozesses ist es, die für unseren Körper wichtigen Nährstoffe bereitzustellen und die überflüssigen Stoffwechselprodukte wieder auszuscheiden.

Die Verdauung beginnt bereits in der *Mundhöhle*. Der erste Schritt ist das Zerkleinern der Nahrung durch unsere Zähne. Damit der so entstandene Nahrungsbrei besser geschluckt werden kann, benötigen wir den Speichel. Durch die Zerkleinerung ist es uns auch möglich, den Geschmack unserer Speise besser wahrnehmen zu können.

Wenn wir den Nahrungsbrei schlucken, wird unsere Nahrung durch die *Speiseröhre* in den Magen transportiert. Dies geschieht mittels Muskelbewegungen. Währenddessen bereitet sich schon der *Magen* vor, indem er wichtige Sekrete bildet. Jeden Tag wird Magensaft gebildet. Im Magen findet keine Verdauung der Kohlenhydrate statt. Der Magensaft hat statt dessen die Aufgabe, das Eiweiß aufzulockern, so daß Enzyme das Eiweiß optimal aufspalten können. Hier ist es äußerst sauer, die Magensäure hat nämlich einen pH-Wert von 1,5 und tötet somit Bakterien ab. Sowohl der Mageneingang als auch der Magenausgang sind mit Muskeln abgesperrt, so daß keine Nahrung mehr zurück in die Speiseröhre gelangen kann. Der sogenannte Pfortnermuskel sorgt dafür, daß der Nahrungsbrei erst dann weiter in den Dünndarm transportiert wird, wenn alles in der richtigen Art und Weise verarbeitet wurde.

Im *Dünndarm* sorgen Gallensäfte und Sekrete aus der Bauchspeicheldrüse dafür, daß die verwertbaren Bestandteile der Nahrung in unseren Körper gelangen. Auch die Fettverdauung findet im Dünndarm statt und die Verdauung von Kohlehydraten und Eiweiß wird hier weitergeführt. Ebenso werden die Vitamine hier aufgenommen, die überschüssigen wasserlöslichen Vitamine gehen in die Nieren und werden dann dort ausgeschieden. Die fettlöslichen Vitamine gehen in die Leber und ins Fettgewebe.

Die letzte Station der Verdauung ist der *Dickdarm*. Der Dickdarm ist von vielen Bakterien besiedelt, die für das Immunsystem äußerst wichtig sind. Nach neuesten Erkenntnissen befinden sich dort 70 bis 80 % des Immunsystems. Die Bakterien sind dafür zuständig, Ballaststoffe abzubauen und unverdauliche Reste zu zersetzen. Der Dickdarm entzieht einerseits dem Nahrungsbrei Wasser, setzt aber andererseits auch Schleim zu, so daß die Exkremente möglichst leicht hinausgleiten können.

Das was schließlich in der Toilette landet, bildet den Schlußpunkt der Verdauung. Die Verdauungsarbeit ist nun vollbracht. Mit der nächsten Nahrungsaufnahme beginnt der Verdauungsprozeß wieder von vorn.

Im nächsten Teil beschäftigen wir uns mit Ernährungsempfehlungen bei Reflux.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)
Fragen an: willkommen@hinneberg.info

Die Narrative der anderen

von Jürgen Gramzow

In jüngsten Medienberichten fällt zunehmend die Formulierung »Narrativ« auf. Meist wird damit auf die Darstellung der Gegenseite verwiesen, zum Beispiel die inflationär gebrauchte Formulierung des »Angriffskrieges«, um diese anzuzweifeln. Genausogut könnte man das Narrativ der »Spezialoperation« anzweifeln. In dem gängigen Gebrauch könnte man also damit eine wertende Formulierung, also eine Wertung vermuten. Aber woher kommt eigentlich dieses Wort und was bedeutet es wirklich?

Der DUDEN von 1990 kennt nur das Adjektiv »narrativ« und ordnet es der Sprachwissenschaft zu, mit der Bedeutung, entsprechend des lateinischen Ursprungs (narrativus, narra-re) erzählend, in erzählender Form darstellend. Also ein Eigenschaftswort. Die heutige Verwendung des Narrativ bedeutet aber eine Substantivierung. Wie kann das sein? Hat man sich hier einer fremdsprachigen Floskel bedient?

Im WEBSTER'S von 1995 werden wir fünfzig. Dort gibt es »narrative« sowohl in o.g. Bedeutung als auch als Substantiv und bedeutet 1. a story; account; tale und 2. the art or practice of narration. Damit erreichen wir den Bereich der literarischen Kunst, nämlich die »Geschichte« oder das »Märchen« bzw. die Kunst des Märchenerzählens. Mit »narration« wird auf ein weiteres Substantiv im Englischen verwiesen, was 1. the act or process of narrating; the telling of a story or of happenings 2. a story; account; narrative (womit wir uns im Kreise drehen) bedeutet und 3. writing or speaking that narrates, as history, biography or fiction – übersetzt: ein Geschriebenes oder Gesprochenes, welches Geschichte, einen Lebenslauf oder pure Fiktion wiedergibt, besser gesagt »narrates«.

Damit schneiden wir mit dem Narrativ also den Bereich der lebendigen Phantasie an. Bleibt noch das letzte Wort aufzuklären, nämlich »narrate«: Dies ist ein Verb, das aus dem Lateinischen »narratus, narrare« (erzählen) entliehen wurde, und ist ähnlich dem lateinischen »gnarus«, welches auf dem Indoeuropäischen »gnoro« mit der Basis »gen«, das »etwas wissen« bedeutet. Die Bedeutung ist, Sie ahnen es schon, 1. to tell (a story) in writing or speech und 2. to give an account of (happenings etc.) Die zweite Bedeutung kann man bei der Verwendung unseres Narrativs wohl ausschließen, nämlich des Tatsachenberichts, obwohl Stein und Bein darauf geschworen wird. Die erste Erklärung ist plausibler: man erzählt eine Geschichte, ein Märchen; man bindet den Leuten damit einen Bären auf, eine ausgedachte, zum Teil böswillige Phantasie, letztendlich pure Propaganda. Die Hauptsache ist, es dient den eigenen Zwecken, nämlich der eigenen Selbsterhöhung und der Abwertung des Gegners. Hiermit kann man die gängigen Narrative am besten einordnen.

Das »Narrativ« ist im Grunde also eine Erzählung oder eine »Story«, die nicht unbedingt etwas mit der Wahrheit zu tun haben muß. Die ursprünglich nur Soziologen hierzulande

bekannte Formel sollte eine Grunderzählung bedeuten, z.B. die des freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens der Bundesrepublik oder die der DDR als antifaschistischer Arbeiter- und Bauernstaat. Beide Narrative sollten die eigenen Reihen fester schließen. Die jeweilige Gegenseite zweifelte diese Erzählungen natürlich heftigst an, was wiederum in Feindnarrativen mündete, wie der »SED-Bonzenherrschaft« oder die »vom Profitstreben geleitete Kapitalherrschaft«.

Wer die eigenen und die Fremdnarrative nicht sicher beherrschte, der hatte es schwer. Es ging und geht heutzutage sogar soweit, daß derjenige sanktioniert wird, der die eigenen Narrative nicht kritiklos wiedergibt. Wer das »freiheitlich-demokratische« anzweifelt, wird sofort zum Verfassungsfeind, oder wer westliche »Schundpresse« in die DDR schmuggelte, wurde zum Staatsfeind und kam zuweilen sogar ins Gefängnis, sofern er erwischt wurde. Mit allen Mitteln wurde und wird die Verbreitung des Narrativs der Feindesseite behindert, verboten oder der Konsum und die Verbreitung unter Strafe gestellt.

Narrative sind sehr mächtig. Einmal im Gebrauch, werden sie schnell zum Dogma und ihre Hinterfragung wird zum Tabu. Wer ein solches Tabu bricht, wird aus der Gruppe ausgeschlossen und das können sich nur die wenigsten leisten. Psychologisch sind Narrative eine Form der Selbstwerterhöhung und damit eigentlich ein Kennzeichen psychischer Gesundheit. Was bei einem einzelnen Menschen unproblematisch ist, führt aber beim politischen Narrativ zum Problem, da solche sinnstiftenden Erzählungen meistens auf Kosten anderer Menschen, Gruppen und Völker behauptet werden. Man denke nur an das Narrativ des »jüdisch-bolschewistischen Untermenschen«.

Politische Narrative müssen immer hinterfragt werden und der Grad der Abwertung Anderer in diesen ist ein sicheres Zeichen für Totalitarismus.

Auch innerhalb von Familien existieren solche Narrative. Oder im Beruf. Wer sich den herrschenden Erzählungen verweigert, wird schnell zum Außenseiter. Damit haben sie eine disziplinierende Funktion, sind also ein Mittel der Machtausübung bis hin zur Staatsideologie. Zur persönlichen Haltung gegenüber Narrativen kann man nur sagen: Derjenige lebt ein ruhiges Leben, der gar keine eigene Meinung hat. Amen!

Wenn die Hähne (nicht mehr) krähen...

Potsdam (bbp). Früher wurden Lieder darüber geschrieben. Krähende Hähne gehören zum Dorf, wußte jedes Kind. Inzwischen ist das anders.

Wie die Landtagsfraktion von BVB/Freie Wähler mitteilte, verurteilte das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) am 5. Oktober 2022 einen Tierereigentümer dazu, seinen Hahn nachts in einen schalldichten Stall zu sperren.* Anwohner hatten sich über das Hahnenkrähen beschwert, geklagt und ein »Krähprotokoll« vorgelegt.

Dieses Urteil mache klar, so die Fraktion, daß ihr Antrag »auf Schutz des Landlebens vor Klagen« notwendiger denn je ist! »Denn es handelt sich nicht um einen Einzelfall. Vor Jahren wurde beispielsweise ein Hofladen in der Gemeinde Kolkwitz gezwungen, mehrere Schafe aufzugeben und den Betrieb der Räucherei massiv zu beschränken. In anderen Fällen wurden Geflügelzüchter per Urteil gezwungen, höchstens zwei Hähne zu halten. Was die Geflügelzucht faktisch unmöglich macht.«

Auch der Schaf- und Ziegenhalterverband in Brandenburg kritisiert Regeln und Urteile, die das Landleben massiv erschweren. Nach dem Überqueren einer kleinen Tierherde zum Beispiel müssen die Halter die Straße reinigen, sonst drohen ihnen hohe Bußgelder. Die Hal-

tung von Tieren im Freien mit Weidewechsel lohnt sich da oft nicht mehr.

Der Fraktionsvorsitzende von BVB/Freie Wähler Péter Vida sagt dazu klar: »Viele Bürger wollen statt Massentierhaltung artgerechte Kleingruppenhaltung im Freien. Doch im gleichen Moment werden die entsprechenden Tierhalter so lange vor Gericht gezwungen, bis sie aufgeben. Für uns ist klar: Das Landleben darf nicht weggekragt werden! Tierhaltung im kleinen Stil und Komposthaufen gehören nun mal zum Dorf!«

Der Antrag der Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler wurde jüngst in den Ausschuß überwiesen.** Die Fraktion hofft, daß der Antrag in den kommenden Monaten nach den Beratungen im Ausschuß umgesetzt wird. Brandenburg und Bayern – das auf Initiative der Freien Wähler im dortigen Landtag bereits einen ähnlichen Beschluß gefaßt hat – stoßen damit eine Bundesratsinitiative an, die zu einer besseren Rechtssicherheit auf dem Land führen soll.

*Pressemitteilung des Verwaltungsgerichts vom 10.10.2022

**Antrag »Kulturgut Sinneserbe schützen – Ortsübliche Gerüche und Geräusche des Landlebens bewahren« (www.parldok.brandenburg.de)

Barnimer Umweltpreis 2022

Bündnis 90/Die Grünen schreiben den Barnimer Umweltpreis 2022 aus. Der 26. Umweltpreis ist dank einer zusätzlichen zweckgebundenen Spende dieses Mal mit einem Preisgeld in Höhe von 1.500 Euro dotiert. Gestiftet wird der Preis von ANDREAS FENNERT, für Grüne/Bündnis 90 Mitglied im Aufsichtsrat der Eberswalder Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG), und von Kai-Alexander Moslè, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen aus Groß Schönebeck.

Ausgezeichnet wird besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Klima und Umwelt sowie in der Umweltbildung. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine aus dem Landkreis Barnim. Projekte mit Kindern und Jugendlichen sind besonders willkommen. Auch begründete Auszeichnungsvorschläge sind möglich. Die Projekte oder Initiativen sollen im Landkreis Barnim angesiedelt sein und möglichst anschaulich dargestellt werden.

Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 28. Oktober im Büro von Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde, eingereicht werden. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus Vertretern regionaler Umweltverbände, der Naturschutzverwaltung und von Bündnis 90/Die Grünen.

THORSTEN KLEINTEICH

Rund ums Windrad

Der Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. und der Tourismusverein Naturpark Barnim e.V. veranstalteten am 24. September den zweiten Tag des offenen Windrades in der Barnimer Feldmark. Geführte Radtouren, hier unterstützten der Allgemeine Deutsche Fahrradclub und die Kreiswerke Barnim, durch die frühherbstliche Landschaft brachten die Teilnehmenden aus Biesenthal und Werneuchen in ein Windfeld bei Tempelfelde. MARTIN WINKLER und PAUL SEEFELD, beide Mitarbeiter der AIRWIN GmbH, versorgten die Anwesenden mit weitreichenden Informationen rund ums Windrad und ermöglichten zudem einen kurzen Blick in das Innere einer der Anlagen. FRANK NOWAK, Landschaftsplaner aus der Region, erläuterte an einer benachbarten Ausgleichspflanzung des Regionalparkvereins die ökologischen Vorteile von Windschutzhecken auf landwirtschaftlichen Flächen.

Neben dem beeindruckenden Beitrag der Windkraft zur Energiewende wurden auch deren Schattenseiten besprochen. Weithin sichtbare blinkende Gefahrenfeuer, Schattenwurf und Schallimmissionen sowie mögliche Lösungsansätze wurden diskutiert. »Wir sind überzeugt davon«, ist sich Torsten Jeran, der Vorsitzende des Regionalparkvereins, sicher, »daß Veranstaltungen dieser Art wichtige Räume eröffnen, um über das Thema Energieerzeugung ins Gespräch zu kommen und natürlich auch die Barnimer Feldmark erlebbarer zu machen. Unser Ziel ist es dabei, die Anonymität der Landschaft Schritt für Schritt zu reduzieren.«

DAVID SUMSER

Klimaangepasste Bäume

Eberswalde (bbp). Professor Ralf Kätzel vom Landeskompetenzzentrum Forst Eberswalde hatte am 4. Oktober im Eberswalder Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt die Gelegenheit, die Ergebnisse des EIP-Projektes »Trees4Streets« (T4S)* vorzustellen. Der Projekttitle lautet vollständig »Selektion, Prüfung und Anzucht von wurzelechten und klimaangepassten Straßen- und Alleebaumsortimenten für die Baumschulproduktion« und informiert schonmal ziemlich genau darüber, worum es in dem von der EU finanzierten Projekt, das im April 2022 auslief, ging.



Foto: ANDREAS STEINER

Seit 2016 wurden zunächst vitale und widerstandsfähige Mutterbäume selektiert. Die aus deren Samen gezüchteten und vermehrten Pflanzlinge wurden verschiedenen Trockenstresstests unterzogen und im dritten Jahr schließlich einer Nauener Baumschule übergeben. Dort erreichten die verschulten und entsprechend erzeugten Jungbäume am Projektende schließlich eine Höhe von etwa drei Metern. Von den ursprünglich 169 untersuchten Arten bzw. Sorten wurden 21 für die Anzucht ausgewählt und schließlich 5 an die Baumschule zur weiteren Pflege und Aufzucht übergeben, darunter drei Lindenarten (Holländische, Kaukasische und Winter-Linde) und zwei Ahorne (Davids- und Berg-Ahorn).

Von den 250 herangezogenen Bäumen konnte sich die Stadt Eberswalde einen großen Teil für die Bepflanzung ihrer Straßen sichern. Zuvor hatte die Baudezernentin Anne Fellner von einem erforderlichen »Umdenken zwischen Erhalt und Neupflanzung« gesprochen, dies aber nicht näher erläutert. Die geplanten Pflanzungen verteilen sich auf die Jahre 2022 bis 2025. Im wesentlichen sollen die in diesen Jahren anfallenden Straßenbauprojekte mit den widerstandsfähigen Bäumen bestückt werden.

* – »Trees4Street« ist ein Wortspiel, das nur englisch sprechende Menschen verstehen können, das im englischsprachigen Raum aber durchaus häufig verwendet wird. Die integrierte »4« ist hier nicht als Ziffer oder Zahl zu verstehen. Vielmehr wird hier die »4« – englisch »four« – nur phonetisch gelesen als »Trees for Street«, was übersetzt »Bäume für Straßen« bedeutet – oder schlicht: Straßenbäume. Warum ein solches Projekt hier in der BRD mit einem englischsprachigen Wortspiel benannt wird, ist nicht bekannt.

EIP – Europäische Innovationspartnerschaft, ein Förderprogramm der Europäischen Union.

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

Schwedt ist mehr als das PCK

Junggrüne fordern »Entwicklung statt Erdöl«

Angesichts der angespannten Lage in Schwedt sowie für die dort ansässige PCK-Raffinerie tauschte sich die GRÜNE JUGEND BARNIM auf ihrem Ortsgruppentreffen gemeinsam mit Mitgliedern aus der Uckermark über Zukunftsszenarien für Schwedt und die gesamte Region aus. Die GRÜNE JUGEND BARNIM begrüßt die treuhänderische Übernahme russischer PCK-Anteilseigner. Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Unabhängigkeit von fossilen Lieferungen aus Rußland sei damit geschafft. Als ebenso wichtigen Erfolg sehen die Junggrünen die Arbeitsplatzgarantien für Beschäftigte der Raffinerie. Nun sei es an der Zeit, einen Schritt weiter zu denken.

»Wir brauchen nicht nur eine Absicherung für die PCK-Mitarbeiter, sondern darüber hinaus eine progressive Stadtentwicklung. Schwedt braucht vielfältige Arbeitgeber, die unsere bunte Gesellschaft abbilden und ansprechen können«, halten die Junggrünen fest. Schwedt müsse auch für junge Menschen attraktiv sein, zum Beispiel durch eine vielfältige Arbeitsplatzstruktur.

Dafür müsse die Standortattraktivität für neue Betriebe verbessert werden. Es brauche einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie eine familienfreundliche Stadt (Kitas, Ärzte, Schulen...), um die Attraktivität für Beschäftigte und Unternehmer zu steigern.

Ines, Mitglied der Grünen Jugend und Schülerin in Schwedt, sagt hierzu: »Mich stört der Fokus der hitzigen Debatte über die Zukunft unserer Stadt. Alle reden immer nur darüber, daß die Stadt Schwedt sterben wird, wenn das PCK nicht mehr existiert. Ich würde viel lieber über Wege diskutieren, wie Schwedt unabhängig von der Raffinerie und russischem Erdöl wird.«

Die Grüne Jugend Barnim schließt sich darüber hinaus der kürzlich verabschiedeten Position der Grünen Jugend Brandenburg an, die sich in drei zentralen Punkten äußert:

»Wir fordern neben dem sofortigen Stopp der Öl- und Gasimporte aus Rußland die größtmögliche Sicherheit für die PCK-Arbeiter. Arbeits- und Klimakämpfe dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden... Wir erwarten, daß sie in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung alles Notwendige tut, um den Arbeitern der PCK Schwedt die Aussicht auf neue Arbeit in nachhaltigen Industriebranchen zu geben und einen nachhaltigen Umbau des Industriestandorts sicherzustellen.«

Um Menschen in ganz Brandenburg in diesen schwierigen Zeiten ausreichend zu unterstützen, kann sich die Grüne Jugend Barnim außerdem ein eigenes Brandenburger Entlastungspaket vorstellen. »Wir brauchen Unterstützungsmaßnahmen, die den Geldbeutel, den Energiehaushalt und den CO₂-Fußabdruck gleichermaßen entlasten. Ein günstiges ÖPNV-Ticket sollte zum Beispiel durch eine Förderung von E-Fahrrädern ergänzt werden, die dort zum Einsatz kommen, wo der Bus nicht fährt«, hält die Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen fest.

MARCEL SYDOW, Grüne Jugend Barnim

Wirtschaftsförderung in Eberswalde:

Schwierigkeiten bei der Personalfindung

Eberswalde(bbp). Angesichts von Betriebsschließungen (Thyssen-Krupp, real Finowfurt) und Insolvenzen (Finow Automotive, Kocks Ardelt) verschiedener Unternehmen in Eberswalde hatte die Stadtfraktion SPD|BFE im Frühsommer einen umfangreichen Fragenkatalog vorgelegt (AF/0093/2022). Einen ersten Teil der Antworten veröffentlichte die »Barnimer Bürgerpost« in ihrer Septemerausgabe (BBP 9/2022). Nachfolgend können Sie sich über den zweiten Teil der Antworten des Wirtschaftsdezernenten Prof. Dr. JAN KÖNIG informieren:

Die Fraktion SPD|BFE bezog sich in einer weiteren Frage auf die Wirtschaftsförderung in der Stadtverwaltung: »Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind aktuell ausschließlich für den Bereich Wirtschaft in der Stadt zuständig?«

Laut Prof. König sind im Wirtschaftsförderreferat, das in seinem Dezernat angesiedelt ist, drei Stellen im Haushaltsplan vorgesehen, von denen im Sommer eine Stelle besetzt war, nämlich die der Referatsleiterin. Im Frühjahr waren die beiden Sachbearbeiterstellen »aus persönlichen Gründen« frei geworden. Aus der Ausschreibung im März resultierte eine Neueinstellung zum 1. Juli. Für die zweite Stelle wurde eine erneute Ausschreibung vorbereitet.

Neben der Referatsleiterin Simone Kolbe befassen sich Prof. König selbst sowie das Team im Amt von Udo Götz (Bauordnungsamt) im Sinne der Wirtschaftsförderung. Unerwähnt blieb, daß auch das Amt für Stadtmarketing und Tourismus (Dr. Georg Werdermann) wirtschaftsfördernd tätig ist.

Zur Frage, ob »aktuell gezielte Unternehmungen durch die Stadt zur Erschließung neuer Potentialflächen für Ansiedlungen (Kranbaugelände, Flugplatz Finow, weitere kleinere Gewerbeparks)« erfolgen sagt Prof. König:

»Die in der Frage aufgezählten Flächen sind keine städtischen Flächen. Alle städtischen Flächen, die auch auf der Homepage der Stadt Eberswalde zu finden sind, werden bei Anfragen angeboten. Die Flächen der Stadt Eberswalde im Technologie- und Gewerbepark Eberswalde sind jedoch veräußert bzw. bevorratet. Daher werden durch die Stadt Eberswalde Potentialflächen angekauft.« Mit den privaten Eigentümern sei verabredet, daß die angesprochenen Flächen auch durch die Stadt beworben und angeboten werden. An etwaige Vertragsverhandlungen ist die Stadtverwaltung nicht beteiligt.

Zur vierten Frage nach möglichen Auswirkungen der Tesla-Ansiedlung in Grünheide für neue Jobs in Eberswalde informiert der Dezernent, daß es durchaus eine Firma gab, die als möglicher Zulieferer von Achsen in engem Kontakt mit Tesla stand. Nach mehrmonatigen Verhandlungen entschied sich Tesla jedoch für einen anderen Zulieferer.

Zu möglichen Ansiedlungen von neuen Bundes- oder Landesbehörden verwies der Dezernent auf die bekannte Anfrage der Hauptzollverwaltung, die sich innerhalb von Eberswalde verändern möchte. »Um alle Belange zu klären, werden bereits seit 1,5 Jahren Gespräche geführt, um alle Anforderungen gemäß dem Bedarfsprofil zu erfüllen bzw. mögliche Alternativen zu erarbeiten. Über Neuansiedlungen von Bundes- oder Landesbehörden ist der Verwaltung derzeit nichts bekannt.«

Frage 6 widmete sich der kreiseigenen WITO* und deren »aktiven Beitrag ... zur Entwicklung der Wirtschaft in unserer Stadt«. Laut Prof. König gab es in der WITO »Veränderungen personeller Art und damit auch eine Verschiebung der thematischen Ausrichtung. Aktuell liegt das Augenmerk auf der Fachkräftesicherung und Berufsorientierung, was auch daran liegt, daß der WITO keine eigenen Flächen gehören«. Zwischen Stadtverwaltung und WITO erfolge ein regelmäßiger Austausch. Wenn die Stadtverwaltung bei Firmenanfragen nicht weiterhelfen könne, werde gemeinsam versucht, möglichst eine Ansiedlung in der Region anzustreben. Denn hier habe die WITO bessere Kenntnisse.

Zwei weitere Fragen bezogen sich auf die geplante Ansiedlung der Firma RENGGLI im Technologie- und Gewerbepark Eberswalde. Hier sollen zunächst 100 Arbeitsplätze geschaffen werden, die nach ein bis zwei Jahren in einer zweiten Ausbaustufe verdoppelt werden sollen.

In die Wirtschaftsseite des städtischen Internetauftritts werde diese Ansiedlung aufgenommen, wenn die Baugenehmigung erteilt wurde sowie die Gewerbeanmeldung und die tatsächliche Ansiedlung erfolgt sind. Aktuell wurde die Fläche gekauft und es gibt vorbereitende Maßnahmen für das Baugenehmigungsverfahren. »Über den Kauf und das Ansiedlungsverfahren«, so König, »wurde ausführlich auf den Seiten der Stadt als auch in der Presse berichtet.«

Eine letzte Frage der Bürgermeister-Fraktion bezieht sich auf »zukunftsträchtige Jobs im Bereich Nachhaltigkeit/Klima in Eberswalde durch Ansiedlungen entsprechender Institute oder Arbeitgeber«. Wie der Dezernent mitteilt, »sind keine Neuansiedlungen in diesem Bereich in einem größeren Umfang bekannt.«

Die Verwaltung werde, so Prof. König, »in einem engeren Rhythmus über die wirtschaftlichen Entwicklungen und Fakten berichten«.

* WITO Wirtschafts- und tourismusentwicklungsgesellschaft mbH des Landkreises Barnim mit Sitz im Technologie- und Gewerbepark Eberswalde (TGE), Alfred-Nobel-Str. 1, 16225 Eberswalde)

Rentensprechstunde

Eberswalde. Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 9.11. und 14.12., 10-12 Uhr.

Biesenthal. Begegnungsstätte (August-Bebel-Str. 19) am 9.11. und 14.12., 13-15 Uhr.

Bernau. Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 16.11. und 21.12., 10-15 Uhr.

Anmeldung unter Tel. 03338/8463

Radkonzept vom Kopf auf die Füße stellen

Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« begrüßt die Initiative der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung, das Thema unseres Bürgerbegehrens endlich mal wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Von einem beigelegten Streit zu sprechen, wie das zuweilen in lokalen Zeitungen kolportiert wird, ist falsch. Vielmehr schmort die Klage der Bürgerinitiative gegen die Entscheidung des Landrates zum Bürgerbegehren bereits seit dreieinhalb Jahren in den Schubladen des Verwaltungsgerichts Frankfurt (Oder).

An unserer Auffassung, daß der Landrat unser Bürgerbegehren ungerechtfertigt für »unzulässig« erklärt hat, halten wir weiter fest. Wir rechnen mit einem Erfolg vor dem Verwaltungsgericht – sofern denn dort endlich eine Entscheidung gefällt wird.

Die bessere Lösung wäre, wenn sich die Eberswalder Stadtverordneten von sich aus für eine Lösung des 2016 geschaffenen Verkehrsproblems in der Heegermühler Straße durchringen würden. Auf ein Verwaltungsgerichtsurteil könnte dann gegebenenfalls verzichtet werden. Übrigens geht es nicht um eine zusätzliche Autospur, wie zuweilen suggeriert wird,



Das übliche Bild in der Heegermühler Straße. Ein leerer Radstreifen und Busse, die mit dem übrigen Kraftverkehr im Stau stehen.

Foto: JÜRGEN GRANZOW

sondern um die Wiederherstellung der bis 2016 vorhandenen Verkehrsführung mit zwei Fahrbahnen je Richtung. Der damalige Verengung auf eine Richtungsfahrbahn hatte anhaltendes Chaos und ein gestiegenes Unfallrisiko auf der Eberswalder Hauptverkehrsachse zur Folge.

Es muß Schluß damit sein, die verschiedenen Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen. Daher halten wir auch an unserer Forderung fest, das Radnutzungskonzept von 2015 zu überarbeiten. Dort sind viele gute Vorschlä-

ge enthalten, deren Umsetzung bisher noch immer nicht erfolgt ist.

Ein Grund dafür ist aus unserer Sicht nicht zuletzt das falsche Leitbild von der Priorität »durchgehender Radschnellverbindungen« entlang der Bundes- und Landesstraßen. Dies dient dem einzigen Zweck, möglichst wenig Geld für den Fahrradverkehr auszugeben.

Stattdessen sollten künftig intelligente Radwegverbindungen zwischen den einzelnen Stadtteilen im Vordergrund stehen. Für diese Radwegverbindungen abseits vielbefahrener Hauptstraßen sollten bestehende Wege zwischen den Stadtteilen und verkehrsberuhigte Straßen in den Wohngebieten genutzt werden.

Mit einem solchen neuen Leitbild würde das Radnutzungskonzept endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

GERD MARKMANN u. Dr. ULRICH POFAHL
(Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde«)

Gärten in Westend bleiben

Das Thema B167neu bleibt auf der Tagesordnung. In Absprache mit anderen Fraktionen haben wir unsere Vorlage zurückgestellt, um das Thema im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt zu beraten.

Die geplante Fahrradstraße durch den Schellengrund wird die Möglichkeiten für den Radverkehr verbessern. Aber zugleich wird damit eine innenstadtnahe Umgehungsstraße, wie sie noch im Verkehrsentwicklungsplan von 2008 vorgesehen war, auf absehbare Zeit unmöglich gemacht. Die bisher aufrechterhaltene Illusion einer »Umgehungsstraße B167neu« scheint inzwischen vom Tisch zu sein, wie Minister Vogel kürzlich in Bad Freienwalde verkündete.

Wir sind für einen Weiterbetrieb der Bahn RB63 und registrieren mit Enttäuschung das Abstimmungsverhalten eines Landtagsabgeordneten, der zugleich Stadtverordneter in Eberswalde ist.

Unsere Anfrage zu Befürchtungen in Westend, wonach die Kleingartenanlagen »Erlengrund«, »Neue Anlage« und »Glück auf« sowie die dort befindlichen Garagenkomplexe mittelfristig in Bauland umgewandelt werden sollen, ergab eine Entwarnung. Der größte Teil der Flächen befindet sich in städtischem Eigentum. Es gibt keine Planungen, am gegenwärtigen Bestand etwas zu ändern. Dies gilt auch für die privaten Flächen, die zum Teil mit Kleingärten, zum anderen mit Garagen bebaut sind, größtenteils im Flächennutzungsplan jedoch als Wald ausgewiesen sind. Anfragen der Privateigentümer zu Nutzungsänderungen liegen nicht vor. Um Kleingärten oder andere Flächen einer Wohn- oder anderen Bebauung zugänglich zu machen, bedarf es in jedem Fall einer Änderung des Eberswalder Flächennutzungsplans.

Für alle Beteiligten nicht optimal

GÖTZ HERRMANN zur Verkehrsführung in der Heegermühler Straße

Im Zuge der Bürgermeisterwahlen in diesem Frühjahr hatte sich die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« wie andere Organisationen auch mit einigen »Wahlprüfsteinen« an die acht Kandidatinnen und Kandidaten gewandt. Steffi Schneemilch, Martin Hoeck, Christian Mehnert und Götz Herrmann antworteten – wengleich alle mit Verspätung. Aufgrund der verspäteten Antworten konnte die BI damals die Antworten nur noch intern verarbeiten, statt diese wie ursprünglich geplant öffentlich zu machen.

Mit der Initiative der Fraktion Die PARTEI Alternative für Natur und Umwelt, zu deren Wahlträgern die BI »Radwege in Eberswalde« gehört, wird zumindest die Aussage von Götz Herrmann, der in der Stichwahl am 3. April schließlich zum Bürgermeister gewählt worden war, wieder aktuell. Nachfolgend wird die Antwort von GÖTZ HERRMANN dokumentiert:

Grundsätzlich finde ich die Umsetzung in der Heegermühler-Straße insgesamt nicht gelungen. Die Situation ist für alle Beteiligten nicht optimal.

Wie Sie sich erinnern, hatten wir damals eine Beschlußvorlage eingebracht, um die Maßnahme zurückzunehmen und es besser neu zu planen. Somit gehöre ich zu den Kritikern dieser Lösung, obwohl ich die Radspur als sehr wichtig empfinde und auch selbst nutze.

Hauptprobleme sind für mich die ständige Aufstauung besonders bei der REWE Kreuzung und Kreuzung Heegermühler/Werbelliner Straße, die irritierende Verkehrsführung für die PKW ob zweiseitiges oder einspuriges Fahren vorgesehen ist, die unklare Situation für die Radfahrer an der Kreuzung Boldtstraße und der Radfahrerlinksabbiegerspur in die Werbelliner Straße. Diese Dinge beinhalten ein nicht zu unterschätzendes Unfallrisiko für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Die

Aufstauung des Verkehrs und das damit verbundene Stop and Go ist nicht gut für das (Stadt-)Klima. Wir müssen für einen guten Verkehrsfluß sorgen, am besten für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer gleichzeitig.

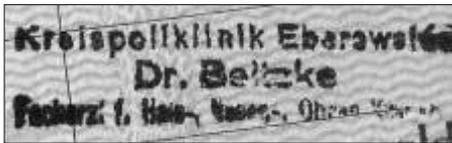
Ich werde mich dafür einsetzen, zuerst innerhalb der Verwaltung einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten und dann mit dem Landesbetrieb ins Gespräch zu kommen. Ziel muß es sein, für klare Vorgaben bei der Verkehrsführung zu sorgen, um einerseits einen sicheren Radweg zu gewährleisten aber andererseits für einen guten Verkehrsfluß zu sorgen.

Ich glaube aber nicht, daß wir zu einer Zweispurigkeit zurückkehren werden. Ich denke, die Ampelschaltungen und die Kreuzungssituationen können wir schnell beeinflussen oder die Linksabbiegerspur bei REWE in den mittleren Grünstreifen zu setzen. Das sind erste Gedanken meinerseits.

Beitzke wohnte in der Gegend Heinrich-Heine-/Georg-Herwegh-Straße und fuhr einen müllkastenfarbenen (irgendwie orange) PKW vom Typ Wartburg 353. Seine Sprechstunden fanden in der Poliklinik in der Karl-Liebknecht-Straße statt. Über Beitzke existieren in der Eberswalder Bevölkerung viele Geschichten. Das bemerkenswerte dabei, nach intensiver Prüfung, erweisen sich diese Geschichten zumeist als wahr.

Beitzke ging nicht gerade zimperlich mit seinen Patienten um und er war alles andere als höflich zu ihnen. Das ändert nichts an seiner vorzüglichen Fachkenntnis auf dem Gebiet Hals-Nasen-Ohren.

Der Verfasser dieser Zeilen war selber ein einziges Mal – eher durch Zufall – Patient bei ihm. Ich hatte die übliche Februar-Erkältung mit Schnupfen, Husten, Halsschmerzen usw. Nach sieben Tagen ohne Medikamente oder einer Woche mit Medikamenten vergeht das alles wieder. Nicht so bei mir. Im April waren die Mandeln immer noch entzündet. Alle medikamentösen Behandlungen nützten nichts. Die Mandeln sollten daher entfernt werden, nachdem die Behandlung beim Facharzt für Hals-Nasen-Ohren auch keine Heilung brachten. Es gelang mir jedoch, die Entfernung der Mandeln um mehrere Monate aufzuschieben.



Die Gemeinde hatte den Charakter der historischen Pflasterstraße bestritten. Dieser sei mit der dünnen, in den siebziger Jahren aufgebracht und inzwischen in Auflösung befindlichen Asphaltdecke, unwiderbringlich verloren gegangen, hatte die Gemeinde argumentiert. Diese Auffassung wies das Gericht nun zurück. Es bekräftigt das Urteil des Verwaltungsgerichts, welches festgestellt hatte: »Substantiell handelt es sich nach allem weiterhin um eine historische Pflasterstraße, da der Asphaltüberzug lediglich oberflächlich ... aufgebracht wurde, und ein Substanzverlust - etwa durch Entfernung der Feldsteine und Einbau eines anderen Untergrundes - zu keinem Zeitpunkt eingetreten ist.« Deshalb sei entsprechend der Satzung des Biosphärenreservates Schorfheide Chorin die historische Pflasterstraße zum Schutz, der Pflege und der Entwicklung der besonderen Vielfalt, Eigenart und Schönheit einer in Mitteleuropa einzigartigen Kulturlandschaft zu erhalten.

Das Gericht hob darüber hinaus darauf ab, daß die Gemeinde in ihren Planungen nicht hinreichend berücksichtigt hatte, daß nach der Satzung des Biosphärenreservates auch die begleitenden Sommerwege zu erhalten und unterhalten sind. Nach den Plänen der Gemeinde, Straße plus begleitende Gräben sollten zu einer Breite von 10 m und mehr ausgebaut werden, wären die ebenfalls beseitigt worden.

Alternative Prominente (Folge 21): Dr. med. Friedrich Beitzke

Original mit zwei Sprachfehlern

Über Friedrich Beitzke hat schon Dr. Steffen Peltz geschrieben (BBP 3/2018). Beitzke wurde zum Original, weil er zwei Sprachfehler hatte. Zum einen gelang es ihm immer, in richtigen Situationen die falschen Worte zu finden, obwohl er ein freundlicher Mensch war. Und er stotterte, war also kein Aushängeschild für einen Hals-Nasen-Ohren-Spezialisten.

Dann sollte ich nochmals vorsprechen, um mir eine Einweisung ins Krankenhaus abzuholen. Bei diesem nochmaligen Termin geriet ich zufällig an Dr. Beitzke.

Als ich das Sprechzimmer betrat, kamen sofort die ordentlich und exakt ausgerichteten »Folterinstrumente«, wie z.B. Nasenzangen, in mein Blickfeld. Mir wurde sofort klar, was mich in den nächsten Minuten erwarten würde. Beitzke schaute sich intensiv meine Mandeln an und sagte dann: »Ich verschreib Dir mal ein paar Tabletten Targophagin (so etwas wie heute Fisherman's Friend). Die lutschte alle zwei Stunden, jeweils eine.« Damit war für ihn der Fall erledigt.

Ich löste das Rezept ein. Die Packung war auch rezeptfrei erhältlich und kostete 1,79 M. Für mich zahlte dank des Rezepts die Krankenkasse. Wie von Beitzke vorgeschrieben lutschte ich die Tabletten – und die Mandelentzündung verschwand für immer.

Es gab auch Patienten, die mit Beitzke nicht zufrieden waren. Einer von selbigen ließ sich eine Überweisung zur Charité ausstellen in der Hoffnung, dort von einem Spezialisten behandelt zu werden. Als er dann in der Charité das

Sprechzimmer betrat, begrüßte ihn Beitzke stotternd mit den Worten: »D-d-da staunste!«. Der Patient wußte nicht, daß Beitzke gelegentlich Sprechstunden in der Charité abhielt.

Einmal wartete Dr. Großmann vom Forstinstitut im Warteraum der Poliklinik in der Karl-Liebkecht-Straße 3. Beitzke schlich sich von hinten an ihn heran, legte ihm seine Hand auf die Schulter und stotterte: »Sie sind v-v-verhaftet!«. Dr. Großmann schaute sich um, erblickte Beitzke und dieser sagte dann vor allen Wartenden: »Gib's zu, Du dachtest, das wäre der Staatssicherheitsdienst«.

In einer anderen Situation reagierte Beitzke wie folgt. Toilettenpapier war zeitweise in der DDR Mangelware. So begab es sich, daß in der Drogerie Friedrich-Ebert-Straße 7 (heute befindet sich dort eine Fahrschule) die Verkäuferin dem Dr. Beitzke eine Rolle des begehrten Artikels zuschob, was dann Beitzke mit den Worten kommentierte: »Jedes Mal, wenn ich mir den Ar... abwicke, werde ich an Sie denken.«

Der Sprachfehler und seine völlig unkonventionellen Kommentare zu Sachverhalten waren sein Markenzeichen.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Historische Dorfstraße bleibt

Klandorf mit seiner Dorfstraße behält seinen idyllischen Charakter. Das steht mit dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg vom 30. September 2022 fest. Das Gericht weist die Beschwerde der Gemeinde Schorfheide gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes Frankfurt (Oder) zurück.



FOTO: BfU FÜR DEN ERHALT DER HISTORISCHEN DORFSTRASSE

Das Gericht entkräftet auch die Stellungnahmen der Organe des Kreises. Die Untere Naturschutzbehörde hatte den Ausbau mit dem Argument befürwortet, daß die Straße bereits bei Inkrafttreten der Schutzverordnung mit einer Bitumenschicht überzogen gewesen sei. Dieser Fakt ändere jedoch nichts daran, daß ein Substanzverlust zu keinem Zeitpunkt eingetreten sei, so das Gericht. Die Untere Kommunalaufsicht war in einer Stellungnahme nach Beschwerde gegen das Vorgehen der Gemeinde zu dem Schluß gekommen, daß »kei-

ne Anhaltspunkte für ein Einschreiten der Kommunalaufsichtsbehörde gesehen würden«. Das Gericht stellt fest, daß aus dieser Stellungnahme weder ersichtlich wird, warum die Kommunalaufsichtsbehörde im Rahmen ihrer Prüfung davon ausgegangen ist, daß die Dorfstraße nicht von der Satzung des Biosphärenreservates erfaßt wird, noch daß sich die Prüfung überhaupt auf diese Frage erstreckt hat.

Geklagt hatte der Naturschutzbund Brandenburg. Finanziert wurde die Klage durch Spenden von Bürgern aus dem Dorf. Für den Schutz der Pflasterstraßen ist es ein wichtiges Urteil. Von Beginn an hatte die Biosphärenreservatsverwaltung auch die (während der DDR-Zeit durch einfachste Mittel) mit einer Bitumenschicht versehenen Pflasterstraßen in seinem Bestandsverzeichnis geführt. Auch für den Erhalt dieser häufig obstbaumbestandenen, landschaftlich äußerst reizvollen Straßen besteht nun hoffentlich Rechtssicherheit.

KURT OPPERMANN

(Bürgerinitiative für den Erhalt der historischen Dorfstraße in Klandorf)

Stummfilm-Klassiker im Bauhaus

Die wilden zwanziger Jahre, eine aufregende Zeit der gesellschaftlichen Umbrüche, technischer Neuerungen, atemberaubender Erfindungen haben auch kunstvolle Stummfilmklassiker hervorgebracht. Das Herbst-/Winterprogramm des UNESCO-Welterbe Bauhaus Besucherzentrums (Hans-Wittwer-Str. 1, 16321 Bernau) hält von Oktober bis Dezember eine Auswahl an cineastischen Kostbarkeiten bereit, die jeweils freitags im dortigen Kinosaal gezeigt werden. Denn schließlich ist auch das Bauhaus ein Kind der zwanziger Jahre.

Die ausgewählten Filme stellen die brennenden Themen der Zeit vor: fortschreitende Industrialisierung, wachsende Städte, veränderte Arbeitsprozesse, mit denen die Entfremdung und Desorientierung des Menschen einhergeht. Zugleich entstehen Utopien wie Dystopien, Reales und Surreales, Grusel und Komik als Ausdrucksmöglichkeit allgegenwärtiger Verunsicherung. Dabei werden erstaunliche Parallelen zu unserer heutigen modernen Lebenswelt offenbart.

Die Reihe startete am 1. Oktober mit zwei Teilen aus der Stummfilmreihe »wie wohnen wir gesund und wirtschaftlich?« aus dem Jahr 1926. Unter Live-Klavierbegleitung des Pianisten Rudolf Gäbler wurde die Neuartigkeit des Bauhausgebäudes und eines der Meisterhäuser in Dessau vorgestellt.

In »Moderne Zeiten« (14.10.) findet der wohl bekannteste amerikanische Stummfilmstar Charlie Chaplin im Getriebe überdimensionaler Zahnräder keinen Halt mehr und versucht dabei immer noch krampfhaft und treu-brav seiner Aufgabe als Schraubendreher nachzukommen. Eine scharfe Satire auf die moderne, un menschliche Arbeitswelt.

Ein leichtes Schaudern wird am 28. Oktober mit Wilhelm Murnaus »Nosferatu – eine Symphonie des Grauens« geboten. Er gilt als erstklassiges Beispiel des sogenannten filmischen Expressionismus und Vorläufer des Gruselfilm-Genres. Seinem Modell folgten später weitere Verfilmungen der Dracula-Thematik.

Mit der Problematik des Großstadtlebens beschäftigt sich am 4. November der Film

»Berlin – Sinfonie der Großstadt« von Werner Ruttmann aus dem Jahr 1927. Eine Bildreportage über 24 Stunden aus dem damaligen Alltag in Berlin.

Eine gewagte Zukunftsvision entwarf Fritz Lang mit seinem abendfüllenden Film Metropolis, der mit seinen Spezialeffekten und Raffinessen an Technik und Ausstattung bereits als erster Science-Fiction-Film bezeichnet werden kann. Nach dem Untergang des Kaiserreiches und dem Scheitern der Revolution entsteht die Dystopie einer von moderner Technik dominierten Welt, in der der Mensch zum Opfer seiner eigenen Erfindungen erniedrigt wird. Dieses Stummfilm-Kunstwerk wird am 18. November zu sehen sein.

Seinen Abschluß findet das Kinoprogramm am 2. Dezember mit vier weiteren Teilen der Dokumentarfilmreihe »Wie wohnen wir gesund und wirtschaftlich?« aus den Jahren 1926-28. Die vier von ursprünglich neun Kulturfilmen mit Beteiligung von Walter Gropius und Bruno Taut u.a., erläutern die Prinzipien und Materialien des Neuen Bauens. So geben sie beispielsweise seltene Einblicke in die Bauweise der Bauhaus-Meisterhäuser in Dessau, in denen Ise Gropius und ihre Freundinnen die Funktionsweise der modernen Küche erklären.

Eine Programmübersicht über alle Termine ist auf der Webseite des Besucherzentrums unter www.welterbe-berna.de einsehbar. Tickets zu 5 Euro (3 Euro, ermäßigt mit Nachweis) können über die Webseite gebucht oder direkt vor Ort erworben werden. Beginn ist jeweils um 18 Uhr.

Kommunales Kino in Joachimsthal:

Leistungsdruck und Ausbeutung

Am 28. Oktober um 19.30 Uhr zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. den neuen Spielfilm von Ken Loach, SORRY WE MISSED YOU (Großbritannien 2019) – eine universelle Geschichte über Leistungsdruck und Ausbeutung, über Pflegenotstand und Nächstenliebe, über Kampfgeist und Zusammenhalt.

Handlung: Ricky, Abby und ihre zwei Kinder leben in Newcastle. Sie sind eine starke, liebevolle Familie, in der jeder für den anderen einsteht. Während Ricky sich mit Gelegenheitsjobs durchschlägt, arbeitet Abby als Altenpflegerin. Egal, wie sehr die beiden sich jedoch anstrengen, wissen sie, daß sie niemals unabhängig sein oder ihr eigenes Haus haben werden. Doch dann heißt es: Jetzt oder nie! Dank der digitalen Revolution bietet sich Ricky die Gelegenheit! Abby und er setzen al-

les auf eine Karte. Sie verkauft ihr Auto, damit Ricky sich einen Lieferwagen leisten und als selbständiger Kurierfahrer durchstarten kann. Die Zukunft scheint verlockend. Doch der Preis für Rickys Selbstständigkeit erweist sich als wesentlich höher als gedacht. Die Familie muß enger zusammenrücken und um ihren Zusammenhalt kämpfen.

In SORRY WE MISSED YOU thematisiert Ken Loach erneut die Mißstände unserer modernen Welt und gibt den einfachen Leuten eine Stimme. Länge 100 Minuten, FSK 12. Der Eintritt beträgt 6 Euro. Eine Reservierung ist nicht erforderlich.

GISBERT AMM

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1
16247 Joachimsthal · Tel. 033361/727366
eMail: info@heidekrug.org · www.heidekrug.org

Was ist mit der Linken los?

Wagenknecht oder die Sektierer?

Neue Vorsitzende sollten neue Entwicklungen befördern! So gesehen wird die Linke gebraucht, sonst müßte man sie erfinden, denn in der SPD ist, außer bei Hubertus Heil, kaum noch linkes Gedankengut vorhanden, seitdem sie wieder (man erinnere sich!) für Kriegskredite stimmen (100 Milliarden für Aufrüstungsschulden) für Kriege, die sie nichts angehen (1914 und 2022) – und die sie nicht gewinnen können.

Übrigens: die Vereinigung der Linken mit der WSAG war nur ein Zuwachs an Sektierern statt für eine moderate Linksorientierung! Jetzt versuchen noch Einzelne zu retten, was zu retten ist und wenn abweichende Meinungen (Wagenknecht) geäußert werden, wird man zurückversetzt in weiland Ulbrichts Zeiten!

Martin Schirdewan, der neue Co-Vorsitzende, macht genau das, was Ulbricht 1958 seinem Großvater Karl Schirdewan – für damalige Verhältnisse ein reformwilliger Fachmann – antat, der damals aus dem Politbüro und ZK verdrängt wurde. Der Enkel versucht wie der Widersacher seines Großvaters, Abwechler in der Partei undemokratisch zu verdrängen.

War das wirklich eine gute Wahl?

BERND C.SCHUHMAN

Einwohnerversammlungen

Eberswalde (prest-ew). Fünf Einwohnerversammlungen gab es in diesem Jahr bereits. Nun stehen auch die letzten Termine fest:

Für den Ortsteil »Eberswalde 2« (Westend, Kupferhammer, Nordend) am Montag, dem 14. November 2022, um 17 Uhr im Bernhard-Hensch-Haus im Westendstadion.

Für den Ortsteil Brandenburgisches Viertel am Montag, dem 21. November 2022, um 17 Uhr in der Aula der Grundschule Schwärzensee. Bereits ab 16 Uhr kann der neue Hort »Kinderinsel« besichtigt werden.

Kultur- und Bürgerverein Joachimsthal e.V.
Kindheit, Schulzeit und Jugend in Senftenhütte

Lisa Rose
erzählt aus ihrer Erinnerung über die Nachkriegszeit und die fünfziger und sechziger Jahre in Senftenhütte

Moderation:
Thomas Pätzold und Nico Conrad

ZEIT im Gespräch
ZEUGEN

am Samstag, 29. Oktober 2022 um 16.00 Uhr
im Gemeinderaum des ehemaligen Schulhauses in Senftenhütte, Arnold 34
Mit diesem Gespräch in entspannter Erzählweise-Atmosphäre setzen wir das 2019 mit Siegfried Krause begonnene Projekt fort.

Im Winter im Kalten und Dunkeln sitzen?

Bernau (bvb/bbp). Rund 70 Gäste waren der Einladung der Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler am 27. September in die Grundschule am Blumenhag in Bernau gefolgt. Unter dem Motto »Sitzen wir bald im Kalten und Dunkeln?« referierte der energiepolitische Sprecher PHILIP ZESCHMANN über die aktuelle Lage und gab einen Ausblick. Ein weiterer Schwerpunkt des rund einstündigen Vortrages waren die grundlegenden Versäumnisse und Fehleinschätzun-

gen der Landes- und Bundesregierung. Die Menschen in der BRD zahlen seit Jahren die höchsten Strompreise Europas und mit die höchsten der Welt. Als wäre das nicht schon genug, werden die starken Preisanstiege bei Öl, Gas und Strom zunehmend zu einer existentiellen Frage, vor allem für Geringverdiener.

Die Fraktion widmet sich dem brandaktuellen Thema lösungsorientiert und zeigt Wege auf, wie sich eine ausreichende Wärmeversor-

gung im Winter sowie bezahlbare Energiepreise sicherstellen lassen. Hierzu gehört die Nutzung eines wirklich breit gefächerten Energiemixes samt einer zumindest vorübergehenden Weiternutzung von Kohle- und Kernkraftwerken.

Im Anschluß an den Fachvortrag entwickelte sich eine teils kontroverse Debatte, in der deutlich die Sorgen und Ängste der Menschen zum Ausdruck kamen. Der Fraktionsvorsitzende PÉTER VIDA appelliert an die Regierungen in Bund und Land, sich ihrer Verantwortung zu stellen, damit die Menschen im Winter nicht im Kalten oder Dunkeln sitzen müssen. Die Probleme sind gravierend und überzeugende kurz-, mittel- und langfristige Lösungen fehlen. Vor allem bei den langfristigen Perspektiven zeichnet sich ein »Weiter so« ab, das leider nicht den technologischen und wirtschaftlichen Realitäten entspricht.

Hoher Investitionsbedarf bei der Bahn

An den unablässig auftretenden Behinderungen im Bahnverkehr als auch diversen innerstädtischen Verkehrs-Staus sieht man, wo Deutschland in seinem Gemeinwesen einen hohen Investitions- und Regelungsbedarf hat. In Bernau sind seit dem 8. Oktober die Straßensperrungen für den Ersatzneubau beider Bahnbrücken in unmittelbarer Bahnhofsnähe Wirklichkeit. Das ist von oben herab gesehen im Sinne einer zügigen Investition der seit der Kaiserzeit verbauten Brücken- und Gleisführung erfreulich zu erwähnen.

Doch die Umstände für alle Verkehrsteilnehmer sind immens, denn für ÖPNV und Individualverkehr ist damit für längere Zeit nichts so, wie es einmal war. Und selbst das reicht noch nicht, denn Fahrgäste des ÖPNV leiden zusätzlich unter den üblichen Alltags-

Pannen, die das Bahnwesen sowieso permanent bereithält, wie Martin Günther am 12. Oktober berichtete: »Voller Bahnsteig in Zepernick. Nein, da wollte ich gar nicht hin. Weichenschaden! Um zur Arbeit zu kommen von Bernau aus also in Zepernick mit vielen anderen umsteigen. Passiert. Leider aufgrund der vernachlässigten Investitionen in die Infrastruktur die letzten Jahrzehnte mehr als nötig. Insofern bin ich froh, daß jetzt die Bahnbrücken in Bernau erneuert werden, auch wenn es erstmal zusätzliche Belastung bedeutet. Statt 100 Mrd. Euro in die Bundeswehr zu verschwenden, wäre Geld in die Mobilitätswende und Energiewende viel sinnvoller angelegt. Und hier auch mal ein Dank an die Kolleg:innen der Öffis, die trotz aller zusätzlichen Belastungen den Betrieb am Laufen halten.«

THOMAS TOBLER

Das Letzte...

Da hab ich neulich 'ne Menge Kohle für warme Sachen ausgegeben, damit ich's auch bei 17 Innen-Graden und Stromabschaltung mollig habe.

Auf dem Markt wurden die drei Fahnenträger von drei Polizeiautos bewacht, man kann ja nie wissen, wo die Staatsfeinde lauern.

Es ist schon seltsam, daß unser hiesiger Arbeitsmarkt vom Ukrainekrieg profitiert. Nicht nur, daß es jetzt massenhaft billige willige faktisch gezwungene Lohnarbeiterinnen gibt, auch ukrainische Unternehmer satteln flugs um und verlegen ihre Rohrproduktion einfach in den schönen Barnim, weg von russischen Raketen.

Die Frage ist nur: Bekommen wir jetzt einen Rüstungsbetrieb vor die Nase??? Mit NATO-Waffen Frieden schaffen! Da hilft dann nur noch ein Gläschen Gorbatschow ...

FRANK PLISCHKE

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktions-schluß: 12. Oktober 2022

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist voraussichtlich am 9. November 2022.